

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Koloniel-
 letze oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Kernsprescher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 19. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Das Fiasko der Berliner elektrischen Straßenbahn.

(Ein Kapitel aus der Geschichte des kapitalistischen Großbetriebes.)

Zum erstenmal seit der umfangreicheren Einführung des elektrischen Betriebes auf den Berliner Straßenbahnen hatten diese in den letzten Tagen anfänglich eines mäßigen Schneefalles bei starker Kälte mit schwierigeren Betriebsverhältnissen zu kämpfen gehabt. Schneefall und Kälte gehören in unseren Breiten allerdings nicht zu den abnormen Erscheinungen, sie sind vielmehr die Regel und das Verkehrsgewerbe muß deshalb auch von vornherein mit solchen Verhältnissen rechnen. Wenn es überhaupt Anspruch darauf erhebt, auf der Höhe technischer Leistungsfähigkeit zu stehen, so hat es geeignete Vorkehrungen zu treffen, die es in Stand setzen, der im Winter jederzeit zu erwartenden Schwierigkeiten Herr zu werden.

Bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft war es jedoch durchaus anders. Gegenüber den Elementen, die nicht einmal während tobten, sondern nur bescheiden daran mahnten, daß wir auch einmal an einen Winter denken müssen, der weniger mild ist, als die abnormen Winter der letzten Jahre, zeigte sich die „Große Berliner“ vollständig ohnmächtig. Im Zuge der Leipziger und Potsdamerstraße lagen zeitweilig ganze Wagenkolonnen auf den Schienen und hemmten jeglichen Verkehr; wiederholt sah man das groteske Bild, daß die riesigen Accumulatorenwagen von abgetriebenen Gassen über die nächste Kreuzung gezogen wurden, um wenigstens einigen Pferdebuslinien den Verkehr frei zu geben. Ueber die Potsdamer Brücke konnten die meisten Accumulatorenwagen überhaupt nur mit animalischer Kraft oder Vorspannwagen hinwegkommen; fast auf keiner Linie war es möglich, den scherpennwärtigen Betrieb aufrecht zu erhalten. Zeitweilig brauchte ein einzelner Wagen vom Spittelmarkt bis zum Ligoowplatz ca. 4 Stunden. Wer rasch vorwärts kommen wollte, ging zu Fuß, wenn er nicht so glücklich war, in den überfüllten Omnibusen noch ein Plätzchen zu erwischen. — Zu einer Zeit, wo infolge des Weihnachtseffektes der Verkehr auf den Straßen enorm angeschwollen war und die Transportgesellschaften ihre Verkehrsmittel zum mindesten auf das Doppelte hätten erhöhen müssen, waren sie gezwungen, ihren Betrieb auf die Hälfte einzuschränken; und selbst innerhalb dieser bescheidenen Grenzen vermochten sie nicht einen regelmäßigen Betrieb aufrecht zu erhalten. Abgesehen von den erheblichen Einbußen, die ein großer Teil der Berliner Bevölkerung durch die gewaltigen Verkehrsstörungen erlitten hatte, stellten sich auch bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft immense Anschläge ein, die sich auf Hunderttausende beziffern dürften. Trotzdem aber verzeichneten die Aktien der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft am 18. Dezember, am ersten Tage nach den großen Störungen, einen Kurs von 259,25, nachdem sie am 10. Dezember nur 255 notiert hatten. Am 18. Dezember, wo sich die Anschläge der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft schon überwiegen lassen mußten, stand der Kurs auf 257,50, also noch immer 2 1/2 Prozent höher als zur Zeit, wo ein eventueller Schneefall erst erwartet wurde.

Wenn bei einer Transportgesellschaft im Falle einer eintretenden Betriebsstörung der Kurs nicht fällt, wie ein vernünftiger Mensch erwarten sollte, sondern steigt, so müssen offenbar Umstände vorhanden sein, die der betreffenden Gesellschaft die Betriebsstörungen erwünscht sein lassen. — Und das ist bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft thafächlich der Fall!

Belanntlich hat sich die Große Berliner zur Aufnahme des elektrischen Betriebes nur mit äußerstem Widerstreben entschlossen, denn sie hatte es sich selbst gesagt, daß an die Konzeptionierung des elektrischen Betriebes Bedingungen für die Bequemlichkeit der Fahrgäste geknüpft werden würden, die, so bescheiden sie auch immer sein mochten, unter Umständen die Dividenden doch bescheiden konnten. Weit lästiger hatte es jedoch die Große Berliner empfunden, daß sie nicht in allen Berliner Straßen den reinen Oberleitungsbetrieb — den fraglos billigsten Betrieb — konzeptioniert erhalten konnte. — Die riesige Entwicklung Berlins, die öffentliche Meinung drängten aber im Interesse rascheren Verkehrs unwiderstehlich nach der Einführung elektrischen Betriebes. Die Große Berliner konnte sich gar nicht mehr sträuben. Aber wenn schon die Gesellschaft elektrischen Betrieb einzuführen gezwungen war, so sollte er doch möglichst billig sein. Wie kam man aber um die Klippe herum, einzelne Straßen ohne Oberleitung befahren zu müssen? — Die Wahl war nur möglich zwischen unterirdischer Stromzuführung, wie ihn die Siemensbahn zwischen Behrenstraße und Dollmannstraße besitzt und wie er sich in Budapest sowie Wien bestens bewährt hat, und dem sogenannten gemischten Betriebe, wie wir ihn gegenwärtig haben, wo einzelne Wagen auf bestimmten Strecken als reine Oberleitungsanlagen, auf anderen dagegen als Accumulatorenwagen verkehren.

In jedem Falle war der Apfel sauer, in den die Große Berliner beißen mußte.

Zunächst versuchte die Gesellschaft sich gegen die Einführung unterirdischer Stromzuführung aufzulehnen, denn sie jagte sich wohl mit Recht, daß wenn sich dieses System erst einmal in den verkehrsreichsten Straßen bewährt haben würde, es dann leicht kommen könnte, daß die in ästhetischer Hinsicht ungewöhnliche Oberleitung auch in den ästhetischen Stadtbezirken nicht würde gestattet werden. Trotzdem mußte sich die Große Berliner doch zur Anlage wenigstens einiger kurzen Versuchsstrecken entschließen. — Die meisten unserer Leser werden sich wohl noch erinnern, welche erbauischen Szenen sich auf diesen kurzen Strecken abspielten. Besonders amüsant waren diese Szenen auf der kurzen Strecke an der Lutherkirche, wo eine Störung der anderen folgte und die elektrischen

Wagen zumeist mit Vorspannpferden über diese Strecke hinweggezogen werden mußten.

Das beharrliche Versagen des elektrischen Betriebes auf dieser Strecke war aber für die Große Berliner nichtobstoeniger von legendärer Wirkung, denn sie vermochte damit den „positiven Beweis“ zu erbringen, daß sich die unterirdische Stromzuführung „für Berlin nicht eigene“, so daß ihr schließlich trotz der Einsprüche der Poutergemeinde die Erlaubnis erteilt wurde, auch diese Strecke mit oberirdischer Leitung zu besahren.

Dem unbefangenen Beobachter mußte schon damals die merkwürdige Erscheinung auffallen, daß der Großen Berliner nicht gelingen wollte, was die Siemensbahn mit befriedigender Leichtigkeit zu leisten im Stande war. — Als Schreiber dieses vor einigen Jahren mit einem der bedeutendsten Elektrotechniker der Welt, der als Chef-Elektiker der General Electric Co. auch der „Union“ nahe steht, die diese Versuchsstrecke gebaut hatte, über diese merkwürdige Erscheinung sprach, äußerte sich dieser nach eingeholter Information dahin, daß die „Union“ genau nach Vorschrift der Großen Berliner verfahren habe. Die Versuchsstrecke mit unterirdischer Stromzuführung funktionierte also „auf Bestellung“ nicht!

Nachdem dieser Keck an der Großen Berliner glücklich vorübergegangen war, mußte sie sich aber doch zur Einführung des gemischten Systemes entschließen. Die Einwände, die sie immer wieder dagegen erhob, konnten ihr leicht mit dem Hinweis auf Hannover widerlegt werden, wo sich das gemischte System dauernd bestens bewährte, und auch unter den schwierigsten Verhältnissen keinen Anlaß zu Verkehrsstörungen gab. Also die Große Berliner mußte Accumulatorenwagen bauen! Das war bitter, denn die Accumulatorenwagen sind nicht bloß erheblich teurer als die Wagen mit reiner oberirdischer Stromzuführung, sondern auch die Betriebskosten stellen sich erheblich höher. Kein Wunder, daß die Große Berliner alle Hebel in Bewegung setzte, um diesen Pfahl in ihrem Fleische wieder los zu werden. Die Spähen pfeifen es von den Dächern, daß sich die Große Berliner bereits vor Monaten mit Geheimrat Prof. Slaby in Verbindung gesetzt hat, um ihren Zweck zu erreichen. Bei der Vertschätzung, deren sich Prof. Slaby bei dem Kaiser erfreut, so inkassierte die Große Berliner, würde eine kaiserliche Anregung bei dem Polizeipräsidenten und der Stadtverwaltung schließlich dazu führen, daß auch die Straßen im Innern der Stadt mit Oberleitungen versehen werden dürfen.

Um jedoch eine Intervention des Prof. Slaby zu erreichen, war es nötig, demselben den Nachweis zu erbringen, daß der Accumulatorenbetrieb kein zuverlässiger sei.

Die Accumulatorenwagen versagten in der That sofort, als die ersten Schneeflocken vom Himmel fielen.

Aber der Kurs der Großen Berliner Straßenbahn-Aktien stieg! Er konnte steigen, weil sich die Große Berliner der Hoffnung hingab, daß die gewaltigen Verkehrsstörungen den Accumulatoren definitiv den Hals gebrochen hätten.

Einen Teil des schönen Wahnes hat allerdings bereits der Polizeipräsident vernichtet, der an die Große Berliner eine Verfügung erlassen hat, aus der wir das Nachstehende herausheben:

Die erheblichen Störungen, die während der letzten Tage im Betriebe der elektrischen Straßenbahnen vorgekommen sind, haben vorwiegend darin ihren Grund, daß die Große Berliner Straßenbahn es unterlassen hat, geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Bewegungswiderstand zu beseitigen, der durch die gefrorenen Schneelörper, die auf die Geleise und in deren Rillen gerieten, hervorgerufen wurde. Die Gesellschaft hätte sich die Reinhaltung der Geleise besonders angelegen sein lassen müssen und hätte zu diesem Zwecke, namentlich in den verkehrreichen Straßen, ein größeres Aufgebot von Personen dauernd beschäftigen sollen, während thafächlich das für gewöhnlich angestellte Personal kaum in wahrnehmbarer Weise vermehrt wurde. Es hätte ferner rechtzeitig und in wirksamer Weise Salz gestreut werden müssen, um die Schneelörper von den Schienen loszulösen. Die Verwendung von Salz, das im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn bei Rheumwetter vielfach im Uebermaße stattgefunden hat, wäre im vorliegenden Falle durchaus angezeigt gewesen. Daß die Eigenart der Accumulatoren an den Verkehrsstörungen keineswegs in ausschlaggebender Weise die Schuld trägt, zeigt das Beispiel der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, auf welcher der Verkehr sich glatt abgewickelt hat. Indem ich mir vorbehalte, noch näher zu prüfen, ob und in welcher Weise die Behandlung, die den dortigen Accumulatoren zu teil wird, verbesserungsbedürftig ist usw.

Hieraus geht hervor, daß die Große Berliner mit voller Absicht die Verkehrsstörungen nicht verhindert hat! Für die Beseitigung der eingetretenen Hindernisse hatte die Große Berliner so wenig Sorge getragen, daß die „Union“ im Interesse ihres Renommées ihre eigenen Leute dazu beordert hatte, auf den Strecken mit starker Steigung Sand zu streuen!

Aber in der mangelhaften Beseitigung der Hindernisse lag nicht bloß das einzige Verschulden der Großen Berliner! Sie arbeitete vielmehr von vornherein mit unzulänglichen Betriebsmitteln, indem sie den Accumulatoren keine sachgemäße Behandlung zu teil werden ließ!

Während die Accumulatoren vorchriftsmäßig mit einer Spannung von 405—620 Volt aufgeladen werden sollen und natürlich nur voll aufgeladene Accumulatoren in den Betrieb hinausgelassen werden dürfen, traten an den verkehrsreichen Tagen Accumulatorenwagen ihren Dienst an, die mit 400, 420, in magimo mit 400 Volt aufgeladen waren. Auf den Strecken mit Oberleitung, wo die gesamte verfügbare Energie oder wenigstens der größte Teil derselben den Motoren zugeführt werden mußte, damit die Wagen den Widerstand der mit Absicht nicht entfernten harten Schneekruete überwinden konnten, blieb zum Aufladen der Accumulatoren natürlich so gut wie nichts übrig. Infolgedessen konnten die Accumulatorenwagen ihre Fahrzeit nicht innehalten, die Wartezeiten an den Endstellen, die sonst dazu benutzt werden, die Accumulatoren auf ihre

volle Spannung zu bringen, wurden abgekürzt, oder fielen ganz aus, die erschöpften Accumulatoren mußten sofort wieder in den Dienst. Kein Wunder, daß dann die Wagen mitten auf der Strecke liegen blieben, und damit auch den Betrieb der auf den gleichen Strecken verkehrenden Pferdebahnen hemmten.

Es muß auch erwähnt werden, daß sich in dem sehr ausgedehnten Leitungsnetz der Großen Berliner an den Speisestellen nirgends die vorgeschriebene Spannung befand, woran die Berliner Elektricitätswerke, von denen unter Ausschluß eigener Elektricitätswerke die Große Berliner ihren Strom vertragmäßig entnehmen muß, die Schuld tragen. Ueber diese Thatsache ist doch keine ausreichende Entschuldigung für das Verhalten der Großen Berliner, für die die geringe Spannung in dem Leitungsnetz nur ein billiges Argument mehr ist, um die Unbrauchbarkeit der Accumulatorenwagen den Berliner Stadtvätern ad oculus zu demonstrieren.

Hält man aber erst einmal an der unwiderleglichen Thatsache fest, daß die Große Berliner mit allen Mitteln die Einführung des reinen Oberleitungsbetriebes erzwingen will, so dürfte nach diesen Entschlüssen die ganze Campaigne schließlich ins Wasser gefallen sein. Man erkennt, daß der Zufall der Großen Berliner rechtzeitig zu Hilfe gekommen ist, und daß sie selbst sich nicht geschent hat, den erwünschten Zufall bis zu einem sehr erheblichen Grade zu lenken. Die durch ihr ganzes sonstiges Verhalten bei der hauptstädtischen Bevölkerung an und für sich schon äußerst unbeliebte Straßenbahn-Gesellschaft wird sich durch ihr eigenmächtiges Verhalten bei den maßgebenden Stellen und bei den Stadtvorordneten ihre Glaubwürdigkeit so vollständig untergraben haben, daß sie selbst durch ihre sachmännischen Feststellungen nichts mehr anszurichten vermag. Im Gegenteil, wir hoffen, daß dieser Streich, den die Große Berliner der Berliner Bevölkerung versetzt hat, selbst den ihr sonst ergebenden Stadtvätern Veranlassung geben wird, mit wachsamem Auge das weitere Gebahren der Großen Berliner zu verfolgen. Die Gesellschaft, die, obwohl sie den größten elektrischen Straßenbahn-Betrieb auf dem ganzen Kontinente besitzt, doch der leitenden Mitwirkung eines eigenen gebildeten und erfahrenen Elektrotechnikers entraten zu können glaubt, möchte unieres Erachtens unter der schärfsten Aufsicht des städtischen Elektrotechnikers gestellt werden, der ihr schon so auf die Finger sehen würde, daß sie weiterhin nicht wagen dürfte, im Dunkeln ihre Schleppeuche zu einem Beutzuge für ihre Aktionäre auszuwerfen. Einer Gesellschaft, der jedes Mittel recht ist, um ihre Zwecke zu verfolgen, die sich geradezu in Rücksichtslosigkeit gegen die hauptstädtische Bevölkerung gefallt, die gar keine Spur von Pflichtbewußtsein gegenüber ihren Fahrgästen kennt, die wegen der Monopolstellung der Großen Berliner auf diese fast allein angewiesen sind, möchte in die härtesten Strafen genommen werden, wenn sich durch ihr passives Verhalten und zum Teil geradezu durch ihre Schuld solche Ereignisse wiederholen, wie in den letzten Tagen.

Ueberraschend für den Kenner kapitalistischer Verhältnisse ist ein solches Verhalten allerdings nicht, aber selten sehen wir doch, daß kapitalistische Großbetriebe mit so unerschütterter Gewinnsucht vorgehen, wie dies die Große Berliner gewagt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Dezember.

Die Politik der Weltvagaubandage.

Die Herr v. Bülow in seiner Erdverteilungsrede als neues Regierungsprogramm empfohlen hat, nicht dem rheinischen Centrumorgan, der „A. d. N. Volkstz.“, große Beforgnisse ein. Ihr wird angst und bange bei dem Tempo, das in der Ausdehnung des Kolonialbesizes und der Vergrößerung der Flotte gegenwärtig eingeschlagen wird:

Wir sehen und hören neuerdings so viel, was geradezu abenteuerlich erscheint, daß ein Gefühl des Unheimlichen uns beschleicht. Auf dem Reichstage, der sich zur Fahrt ins Weltpolitische anschickt, ist wohl der Lokomotivführer, es ist aber kein Bremser zu erkennen. Jetzt ist die Frage: wird der Reichstag, wird die Vertretung des deutschen Volkes im Stande sein, regulierend und wenn nötig, hemmend auf die Fahrt einzuwirken? Jedenfalls steht der Reichstag gegenwärtig inmitten einer hochverantwortlichen Situation. Als der gegenwärtige Reichstag gewählt wurde, waren die Ziele, welche man jetzt allerdings noch mehr oder minder nebelhaft der deutschen Politik zeigt, noch nicht gesteckt. Der Reichstag sieht sich Faktoren gegenüber, welche auf die letzte Wahl noch gar einwirken konnten.

Bei dieser Sachlage würden wir es für sehr verkehrt halten, wenn die Besorgnis vor einer Auflösung des Reichstages die Entscheidung der Volkvertretung über die zu erwartende Flottenvorlage irgendwie beeinträchtigen könnte. Im Gegenteil: wir wünschen, wie schon bemerkt, eine Auflösung des Reichstages im Hinblick auf die Flottenfrage und alles, was drum und dran hängt. Nichts kann nützlicher sein, als wenn das deutsche Volk ausdrücklich vor die Frage gestellt wird, was es von der „Weltpolitik“ hält. Scheidenden Auges und nüchternen Sinnes, nicht im Tunnel soll es in die neue Aera eintreten, es soll sich Rechenschaft darüber geben, was es zu erwarten und welche Opfer es zu bringen hat. Vor allem aber sollen diejenigen, welche die neue Aera eröffnen wollen, sich erst selbst klarer darüber werden, wohin die Reise geht. Alles rüst seit Jahren nach einem klaren und festen Regierungsprogramm, aber es ist nicht erschienen. Nebenwähleu wegen der Flottenvorlage würden dazu nötigen. Endlich müssen wir doch heraus aus der Unklarheit, dem Nebel, dem fortwährenden Hin und Her, welche unser öffentliches Leben zu keiner Veruhigung und zu keiner Befriedigung kommen lassen!

Das ist alles sehr zutreffend und mit der nötigen Schärfe gesagt. Gerade dem Centrum aber verdanken wir die jetzigen Wirrnisse und Maßlosigkeit. Das Centrum, unter der Führung Liebers, ist sehenden Auges und nüchternen Sinnes 1898 —

mitgetaunt. Und Herrn Liebers diesmalige Staatsrede lautet auch bereits verdächtig. —

Objektiv unfähig.

Der Vicepräsident des Reichstags, Herr v. Frege, hat seiner neulichen Entdeckung einer „objektiven Unfähigkeit“ im Stenogramm eine sehr sinnreiche Erklärung hinzugefügt. Herr v. Nordhoff hatte am 18. Dezember den deutschen Wasserbautechniker Unfähigkeit und Unzuverlässigkeit vorgeworfen. Das durfte Herr v. Frege nicht dulden und er sprach die geflügelten Worte: „Ich nehme an, daß das nur objektiv gemeint war“. Das Haus schrie vor Lachen und Herr v. Frege setzte sich, strahlend über seinen vermeintlichen guten Witz.

Im Stenogramm hat der Vicepräsident nunmehr seinen Witz erläutert: „Ich nehme an, daß er das nur in die Beamten nicht beleidigender Weise objektiv, wie man dies von der Unwahrheit zu sagen pflegt, hat ausdrücken wollen, sonst müßte ich das als unzulässig bezeichnen. (Geisterliche Link.)“ Abgesehen davon, daß auch die rechte Seite den guten Humor hatte, über die Eingebung ihres erwählten Präsidenten sehr laut vergnügt zu sein, hat Herr v. Frege durch die nachträgliche Korrektur die Sache noch verschlimmert. Eine objektive Unfähigkeit nennt man eine unrichtige Behauptung, deren Unwissenheit sich der Urheber nicht bewußt geworden ist, also einen Irrtum, der moralisch nicht verwerflich ist. Eine objektive Unfähigkeit ist also gegenüber der subjektiven Unfähigkeit, der Lüge, ein sehr gelinder Vorwurf.

Nach dieser Analogie wäre die rätselhafte objektive Unfähigkeit also eine Unfähigkeit, deren sich ihr glücklicher Besitzer nicht einmal bewußt ist — das ist aber keine durch die Unbewußtheit verminderte, sondern erheblich gesteigerte Unfähigkeit. So unfähig zu sein, daß man es nicht einmal merkt — das ist schlimm. Es mag ja für Herrn v. Frege ein moralisch mildere Umstand sein, daß er „nur“ objektiv unfähig sei, aber schmerzhaft ist diese durch die Einfichtlosigkeit verschlimmerte Talentlosigkeit gerade nicht. —

Die Deckungsfrage.

In den Blättern tauchen allerlei Gerüchte auf, wie die Regierung die Aussichten der neuen Flottenpläne zu verbessern gedenkt durch Entgegenkommen an die Wünsche des Reichstags hinsichtlich der Kostendeckung. So will der Korrespondent eines Münchener Blattes erfahren haben, die Reichsregierung habe mit Bayern Fühlung genommen, ob eventuell die Kosten der Flottenvorlage durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer aufzubringen seien. Eine andere Debatte bringt die „Berliner Börsen-Zeitung“:

Die Aussprüche bei Gelegenheit der ersten Staatsberatung hat allerdings nur wenig dazu beigetragen, die Umrisse eines solchen Kompromisses erkennbar zu machen. Doch ist die private Aussprache der maßgebenden Persönlichkeiten der Regierung und des Parlaments von um so besserem Erfolg gewesen. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß z. B. einerseits nach einem neuen Quotenverhältnis gesucht wird, welches für die Uebernahme der ersten Anschaffungskosten der neugeforderten Schiffe auf den ordentlichen Etat maßgebend sein soll, und daß andererseits eine verstärkte Reichsschulden-Eiligung gesetzlich festgelegt werden soll. Spätere Generationen, die von den heute aus Anleihen gebauten Schiffen höchstens noch einen interessanten Ueberrest in einem Marine-Museum vorfinden, sollen keinesfalls mehr von den Lasten dieser Anleihen bedrückt sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierungsvorlage schon selbst in Voranschlag bringt, was in Gesprächen der letzten Tage als unerlässliche finanzielle Garantie bezeichnet werden mußte, wenn es gelingen soll, die große Mehrheit des Reichstages für die Flottenverlängerung zu gewinnen.

Allen diesen Vermutungen und Andeutungen gegenüber bleiben wir durchaus ungläubig. Wenn auch die anständigere Regelung der Kostenfrage uns auch nicht im mindesten zu Gunsten einer unsinnigen Flotten- und Weltpolitik beeinflussen könnte, so müssen wir doch erst Beweise für jenen Zustand unserer bedröhten Klassen sehen, den sie bei allen bisherigen Gelegenheiten stets haben vermissen lassen. Jene Blättermeldungen werden auch bereits durch den noch immer finanzministeriell gespeisten und also in diesen Dingen recht gut unterrichteten Flotten-Schweineberg der „Berl. Politischen Nachrichten“ als windiges Gerücht entlarvt. Das von den Eisenindustriellen ausgehaltene Blatt erklärt die Bedenken gegen den Plan, die Kosten der Flottenverlängerung durch Anleihen aufzubringen, als „wenig begründet“, den dies Verfahren entspricht „durchaus der bisherigen Uebung“. Herr Schweineberg plädiert auf Gewohnheits-Unrecht. Da die arbeitenden Klassen stets die Lasten der Herrschenden gewesen sind, so soll ihnen auch diesmal die Last der Panzerschiffe aufgedrückt werden. —

Deutsches Reich.

Konservatives Unbehagen.

Das Flottenpiel ist dem Junkertum sehr fatal. Ein Konflikt über der Justizhandvorlage wäre den Konservativen willkommen gewesen, um aus der Kanalkrise herauszukommen. Daher erklärt sich der Jörn über eine Regierung, die aus der Justizhandvorlage keinen Aufschub gemacht. Jetzt bietet sich allerdings die Aussicht eines Flottenkonflikts. Der nicht ihnen aber nicht nur nicht, sondern bringt sie in die peinlichste Verlegenheit. Ihrer Herzensmeinung nach sind die Agrarier Gegner der Flotten-, Welt- und Exportpolitik. Die „Deutsche Tageszeitung“, die inzwischen es für gut hielt, unzufallen, hatte auch beim ersten Auftreten des Flottenplans scharf gegen ihn Stellung genommen, und radikale agrarische Organe erklärten auch noch ihre Gegnerschaft. Sollten sie alle gegen die Flotte stimmen? Dann hätten sie es mit der Krone für lange Zeit völlig verdoeben. Wenn sie nun aber dafür stimmen, wie sollen sie im Falle der Auflösung ihren agrarischen Anhang unter der antiagrarischen Parole: „Für Flotte, Weltmacht und Exportindustrie“ gewinnen?

Man versteht das Unbehagen der Konservativen und ihre Geistesart. Darum versucht nun die „Kreuz-Zeitung“ die Flottenfrage beiseite zu schieben, indem sie bemerkt:

„Wie dem aber auch sein möge — des Eindringens vermag man sich bei unbesongener Betrachtung schließlich nicht zu erwehren, daß die Flottenfrage, so sehr sie äußerlich im Vordergrund der Erörterungen stand, und so maßlos viel darüber geredet wurde, doch inhaltlich nicht den Kernpunkt des Ganzen bildete, sondern nur den schätzbaren Schleiter, hinter dem sich, wie wir gesehen, ganz andere, weit weniger nationale und patriotische Ziele verbergen. Das läßt sich u. a. auch daraus erkennen, daß die Presse der Reichsparteien von der Flottenverlängerung und deren Aussichten so gut wie gar nicht mehr spricht, oder doch nur im Zusammenhang mit der Forderung jener anderen Ziele, auf die wir wiederholt hingewiesen haben, und die eben in nichts anderem als in der Bekämpfung der Konservativen bis auf Messer bescheiden.“

In diesen Aeußerungen verrät die „Kreuz-Zeitung“ unbenutzt, daß die Konservativen, trotz der notgedrungenen flottenfreundlichen Erklärungen im Reichstags, Gegner der Wasserpolitik sind. Denn

was hätte es für einen Sinn, zu befürchten, daß die Liberalen die Flottenfrage als Kampfmittel gegen die Konservativen ausnützen wollten, wenn diese Konservativen selbst für die Marineforderungen eintreten; dann könnte man doch nur von einem liberal-konservativen Kartell, nicht von einem Gegensatz reden. Nun, unter der Voraussetzung, daß die Konservativen in der Freude ihres Herzens wieder gegen die Vorlage des Kaisers gestimmt seien, versteht man die bange Befürchtung, daß die Liberalen mit Hilfe ihrer Flottenbegeisterung aus Nader gelangen könnten.

Kein Zweifel: die Konservativen sind gegen den Kanal und noch mehr gegen die Marine, wie ihr ministerieller Führer Miquel, und darum greifen sie zu demselben Mittel, das Miquel zu seiner Erhaltung angewandt hat. Sie empfehlen sich als einzige zuverlässige Stützen der Krone, deren Politik sie im förmigen belämpfen. So ruft die „Kreuz-Zg.“ mit der ganzen Lungenkraft eines Jagdmartins-Anzeigers:

„Wir Konservativen sind und bleiben unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf die praktischen Folgen, die Partei der Autorität und des künftigen Rechts von Gottes Gnaden, das von allen übrigen Parteien mißachtet wird, da sie ihre Aufgabe darin sehen, der organisierten Revolution zur Gleichberechtigung im öffentlichen Leben zu verhelfen. Aus dem Gleichberechtigten wird aber unter solchen Verhältnissen früher oder später notwendig der Herr. Denn das Ziel der Revolution ist und muß sein, zu herrschen. Aus diesem Grunde, und aus diesem allein, haben wir uns über die Aufhebung des Verbindungsverbots, unmittelbar nach der selbst von liberaler Seite für „unhöflich“ erklärten „Verschönerung“ der Arbeitswilligen-Vorlage erregt, und es gereicht uns zur größten Genugthuung hier nochmals hervorzuheben zu dürfen, daß unsere Vertreter bei den Staatsverhandlungen, die Abgeordneten Graf Limburg-Stirum, Graf Rindowström und von Kröcher sich nicht gescheut haben, das Kind beim rechten Namen zu nennen, indem sie der Regierung die ganze Tiefe des Abgrundes zeigten, vor dem unser öffentliches Leben heute schon steht. Oder was will man noch mehr, wenn man an leitender Stelle, unter dem Zwang der Umstände, weil man bei der Mehrheit der bürgerlichen Parteien keinen Rückhalt mehr findet — vor Deutschland und der ganzen Welt erklärt, daß es kein Mittel gäbe, die Umsturzpartei zu bekämpfen? Die Antwort der Reichsparteien darauf aber ist: schlagt die Konservativen zu Boden! Nun gut, wir werden ja sehen!“

Die Kanalrebellin, welche die „Vorlagen des Kaisers“ lachend beiseite, empfehlen sich also wieder als die allein edle, unverfälschte Partei der Anerkennung des künftigen Rechts von Gottes Gnaden. Alle anderen Parteien sind hinsichtlich ihres Glaubens an das Gottesgnadentum verdächtig, und die Konservativen sind und bleiben im Glauben, wenn sie auch die Politik von Gottes Gnaden, so viel an ihnen liegt, durchkreuzen. Wenn diese Beteuerungen nicht helfen. —

Centrum und Flottenpläne.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Die „Rheinische Volkszeitung“ hatte die Bedenklichen Ausführungen über die Haltung des Centrum zu den Flottenplänen als „bewerlos verächtliche“ bezeichnet. Nach der ganzen jüngsten Vergangenheit des Centrum, dieser Seite von Umsäulen in militärischen Dingen, hat das Blatt allen Anlaß, den Mund etwas weniger weit aufzutun. Zudem aber steht Webel nicht allein da. Er kann sich heute sogar auf die Centrumspresse selber berufen. Zwei große rheinische Centrumblätter haben sich im Sinne der Bedenklichen Ausführungen bemerken lassen.

Die Bonner „Deutsche Reichszeitung“ berichtet trocken über die Rede Liebers und meint dazu, die Erklärung zur Flottenvorlage, die man erwartete hatten, sei ausgeblieben.

„Ganz anders“ (so heißt es dann, und in dieser Gegenüberstellung liegt die Kritik der Lieberischen Rede) „lang die Rede des Abg. Webel, der ankerst wirksam sprach und scharfste Kritik an der Flottenvorlage, deren Ueberden und Fördereern übte, den Staatssekretär Dierps wegen seines widersprüchlichen Verhältnisses förmlich Spiekrusen laufen ließ und auch den Grafen v. Helldorf wegen dessen flottenverfeindlichen Rede nicht allzu zart anfaßte. . . Nach der Lieberischen Rede glaubte er an eine Ablehnung der Vorlage nicht mehr, denn die vom Abgeordneten Lieber vorgebrachten Bedenken seien unwesentlicher Natur. Dramatisch war, als Webel daran erinnerte, wie er vor genau einem Jahre auf die kommende Flottenvorlage hingewiesen habe, dafür aber auch vom Abgeordneten Lieber abgelenkt worden sei — heute sei die Weiderung da. Wer habe nun recht behalten? Die Rede, die für die Flottenvorlage vernichtend war, machte förmlich Einbruch.“

Der „Kochener Volksfreund“, ebenfalls ein angesehenes Centrumblatt, drückt sich noch deutlicher aus. Es kommt zu dem Schluss, daß Dr. Lieber

„der Reichsregierung bezüglich der Flottenverlängerung Avancen gemacht habe. Eine energische Zurückweisung der Verdoppelung der Salzflootte enthält die Lieberische Rede ja keineswegs; wohl aber hat Herr Dr. Lieber geäußert: sollte eine Flottenvermehrung eintreten, so dürften die Mittel weder durch Anleihen noch durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Das sieht gewiß nicht wie eine Ablehnung der neuesten Flottenpläne aus.“

Und an einer anderen Stelle schreibt das nämliche Blatt:

„Die Gegner der Centrumspartei rechnen nach der Staatsrede des Abg. Lieber schon völlig damit, daß die Centrumspartei wie für die vorjährige so auch für die neue Marinevorlage zu haben sein wird. Und wir können ihnen leider darin nicht unrecht geben! Der unheilvolle Einfluß des Abg. Dr. Lieber und des abligen und Beamtenelements auf die Fraktion wird auch da wieder die Entscheidung geben.“

Die Verantwortung, welche die Herren Führer der Fraktion für das ganze spätere Geschehen der Centrumspartei dadurch auf sich laden, daß sie das Ansehen und das Vertrauen des Volkes zu derselben in so schwerwiegenden Fällen erschüttern, ist eine fürchterliche. Der Tag wird kommen, wo Herrn Lieber und Genossen dies zum Bewußtsein gebracht werden wird.“

Was wird die „Rheinische Volkszeitung“ zu diesen „Verdächtigungen“ aus den eigenen Reihen sagen? —

Ueber die Finanzverwaltung Preussens in der Zeit vom 1. Juli 1890 bis zum 1. April 1897 hat der Finanzminister von Miquel im Anschluß an den früher veröffentlichten Jahresbericht dem Kaiser neuerdings einen eingehenden Bericht erstattet, welcher die weitere Entwicklung seit jener Zeit darstellt. Der „Reichs-Anzeiger“ kommt auf Grund dieser Darstellung zu dem Schluss, daß die gegenwärtige Finanzlage Preussens zumal im Hinblick auf die reichliche Dotierung des Ordinariums im ganzen als eine wohl zufriedenstellende betrachtet werden darf.

Herr v. Miquel beweist täglich seine Unentbehrlichkeit. —

Zur Adressdebatte in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung behauptet die „Kreuz-Zg.“, die Socialdemokratie hätte sich der Abstimmung enthalten. Das ist falsch. Die Socialdemokraten wie die neue Linke haben gegen die Absendung einer Neujahrsadresse an den Kaiser gestimmt. —

Rein heraus — aus dem Flottenverein ist Herr Schweineberg. Er ist nicht nur das Ehrenamt des Sekretärs ledig, sondern hat auch auf die Mitgliedschaft verzichtet. Das sollte kaum seines Geistes aber wird an dem Flottenverein weiter haften — unweilich. —

Am Reich der Flottenbegeisterung. In einer Versammlung von Vertretern der großen Flotten- und großer Industrieller die am Sonntag in Berlin unter dem Präsidium des Großherzogs

von Oldenburg stattfand, wurde die Gründung eines Vereins zur Ausbildung junger Seeleute für die Kriegsmarine und Handelsmarine beschlossen. Die Reichsregierung hatte einen Kommissar zu den Verhandlungen entsandt. Die Konstituierung des „Deutschen Kriegsmarine-Vereins“ soll am 12. Januar in Berlin erfolgen. —

Der Eisenbahnminister Thielen hat es mit dem Bund der Landwirte ganz verdoeben. Die „Deutsche Tagesztg.“ schwingt ergrimmt den Dreiflügel:

„Der preussische Eisenbahnminister Thielen meinte in der letzten Sitzung des Reichstags, die Herren Landwirte schienen häufig zu glauben, daß sie ganz allein auf der Welt seien. Da dieses Mißverständnis bei den Socialdemokraten lebhaft Zustimmung fand, fühlte sich der Herr Minister veranlaßt, es in anderer Form nochmals am Schlusse seiner Rede zu wiederholen. Wir haben ja in den letzten Jahren manches seltsame Wort vom Ministerische Hören müssen; daß aber ein kgl. preussischer Minister den Landwirten in Dausch und Bogen den größtlichen Egoismus, die höchstliche Selbstsucht vorwirft, das ist ganz unerhört. . . Selbstverständlich wird man mit dem Herrn Minister Thielen im Abgeordnetenhaus noch ein kräftiges Wortlein reden müssen.“

Man sieht, der Bund der Landwirte ist noch nicht recht an den Ton gewöhnt, den bei uns die Regierungen gemeinhin gegenüber der Opposition anschlagen. Sie zürnen schon über einen so gelinden Vorwurf.

Die Teilung des Regierungsbezirks Potsdam ist endgültig fallen gelassen worden. Wie die „National-Zeitung“ erfährt, soll dem Regierungspräsidenten von Potsdam zu seiner Entlohnung noch ein Regierungsrat zur Seite gestellt werden. Die Kosten dafür sind in den Etat eingestellt worden, der dem Abgeordnetenhaus gleich bei seinem Zusammentritt am 9. Januar vorgelegt werden soll. —

Dresden, 18. Dezember. (Fig. Ver.) Eine Petition gegen die Umlagesteuer ist beiden Kammern des Landtages im Auftrage von 108 sächsischen Konsumvereinen, welche 176 678 Mitglieder haben, zugegangen. Diese Petition richtet sich in erster Linie gegen den Verein Leipziger Kaufleute, der in Gemeinschaft mit dem dortigen Jungmannsverein und einem „Schnapverband für Handel und Gewerbe“ petitionswiese von der sächsischen Regierung noch in dieser Session einen Gesetzentwurf verlangt, nach welchem die Sondergewerbesteuer landesgesetzlich eingeführt werden soll. Zur Zeit haben auf Grund ministerieller Verordnungen die Gemeinden das Recht, eine Sondergewerbesteuer bis zu 2 Proz. des Umlages unter gewissen Voraussetzungen zu statulieren. 18 sächsische Gemeinden haben davon Gebrauch gemacht, während sich in den größeren Städten die Durchführung nicht so leicht, ja unmöglich erwies. Schlimm genug wirkt diese rigorose Steuer bei den 18 betroffenen Vereinen, und lediglich Konsumvereine (mit einer einzigen Ausnahme) werden getroffen. Diese mußten im letzten Geschäftsjahre insgesamt 104 184 M. Umlagesteuer zahlen, was in einzelnen Fällen bis zu 83 Prozent des Reinvermögens ausmachte. Die ausführliche Begründung der Petition sucht unter Vermittlung reichlichen statistischen Materials nachzuweisen, daß die Steuer vom rechtlichen, moralischen und materiellen Gesichtspunkte aus ungerechtfertigt ist, und in der Praxis in das gerade Gegenteil der angeblich gewollten Tendenz umgeschlagen ist, der gewollte Ausgleich zu Gunsten der Kleinhandlärer ist ausgeblieben und der sozialpolitische Zweck ist nicht erreicht. Die Umlagesteuer charakterisiert sich immer mehr als eine finanzpolitische Ausnahmesteuer für Konsumvereine. Diese Art Mittelständererei wird auch noch besonders dadurch häßlich illustriert, daß 11 Prozent der Mitglieder der bestehenden 168 Konsumvereine selbständige Handwerker sind. Daß die Konsumvereine in Sachsen schon jetzt eine nicht unwesentliche Bedeutung gerade für die ärmeren Volkskreise haben, erhellt daraus, daß die Mitglieder der 168 Vereine nebst ihren Angehörigen ca. 900 000 Einwohner oder etwa 22 1/2 Proz. der gesamten Bevölkerung ausmachen. Der Gesamtumsatz betrug im letzten Geschäftsjahre 48 374 862 M., so daß von dem erzielten Reingewinn 5 305 687 M. an Waren dividende ausbezahlt werden konnte, während zur Zeit in den Vereinen 2167 Personen ständig beschäftigt sind.

Der staatlich anerkannte 1. Mai. Seit dem Pariser Socialistenkongress im Jahre 1889 ist der 1. Mai der Weltfeiertag des kämpfenden Proletariats. Daß die Arbeiter ihn nicht mehr aus ihrem Kalender streichen lassen, ist klar, und gewiß ist, daß allgemach auch das Bürgertum, so ungezogen es auch dagegen trampelt, an unser rotes Datum wird glauben müssen. Es muß festgesetzt werden, daß unser schöner 1. Mai bereits amtlich anerkannt ist. Und zwar in Zürich. Das neue, vom Botaniker Professor Dr. Schinz entworfene, vom Erziehungsrat genehmigte und eben heute in Druck erschienene Reglement über den Besuch des kantonalen botanischen Gartens führt unter den weltlichen und kirchlichen Feiertagen, an denen der Garten geschlossen bleibt, nunmehr auch den 1. Mai auf; die Pangerhöhung wurde zugestanden, wie es heißt, nicht ohne eine sanfte Weibung.

Der Papst und der Beginn des neuen Jahrhunderts. Die „Figaro“ aus Rom meldet, soll auf Anordnung des Papstes in allen katholischen Kirchen der Welt im Witternacht des 31. Dezember zu Beginn des Jahres 1900 Gottesdienst abgehalten werden. Nachdem sich nunmehr der Papst und der deutsche Bundesrat für den Beginn des neuen Jahrhunderts in der kommenden Neujahrsnacht ausgesprochen haben, muß es ja wahr sein. Die Gegner dieser Anschauung, die das neue Jahrhundert erst mit dem 1. Januar 1901 beginnen wollen, werden sich um in Demut fügen und ihren Jahrhundertwende-Silvesterpunsch schon in der kommenden Neujahrsnacht trinken.

Aus dem Wupperthal.

Eberfeld, 17. Dezember. Als im letzten Sommer die Gemeindevahl-Novelle im preussischen Landtag auf der Tagesordnung stand, da setzte die „Rhein. Zeitung“ Himmel und Hölle in Bewegung, um dieselbe zu Falle zu bringen. Nach den vielen Spaltenlangen, mit Zahlen reichlich gespickten Artikeln des Rhein. Blattes hätte man annehmen können, daß im Rheinlande für die arbeitende Bevölkerung die Gemeindevahl-Novelle besonders günstige seien. Geht die Gemeindevahl-Novelle durch, so jammerte damals in einem fort die „Rhein. Ztg.“, so werden im Rheinlande die großen Städte der Socialdemokratie und die kleineren den Ultramontanen ausgeliefert.

Nun ist es eine Thatsache, daß wohl nirgends in Preußen die Arbeiter bei den Gemeindevahlen so reichlich sind, wie gerade in den rheinischen Großstädten. Hier besteht wie in den altpreussischen Provinzen, das Klassen- und Censurwahl-system. Bis zum Jahre 1891 betrug laut rheinischer Städte-Ordnung der niedrigste Satz 6 M., der höchste 24 M. Klassensteuer, von dessen Entrichtung die Wahlberechtigung abhängig gemacht wurde. Den niedrigsten Satz anzunehmen, das ist natürlich den Bourgeois, ganz gleich, ob sie sich nationalliberal, ultramontan oder freistimmig nannten, nicht ein. So betrug in Eberfeld und Warmen bis dahin der Census 12 M., in Köln sogar 18 M. Wahlberechtigte Arbeiter gab es natürlich nicht. Das Einkommensteuer-Gesetz (§ 77) hat hier infolge einer Besserung gebracht, als der höchste Census nicht mehr als 6 M. Staats-Einkommensteuer betragen darf (Einkommen von 900—1050 M.). Nach Inkrafttreten dieser Bestimmung hat im Rheinlande auch die Socialdemokratische Partei wiederholt den Versuch der Wahlberechtigung gemacht. In ein paar kleineren Orten, wie Gräfrath, Ollig, Haan, gelang es auch, in der dritten Klasse Kandidaten durchzubringen. In den Großstädten war dagegen das Ergebnis ausnahmslos bedeutungslos: 2—3 Prozent der eingetragenen Wähler stimmten Socialdemokratisch. Die große Mehrzahl der Arbeiter war nach wie vor nicht wahlberechtigt, und dann sorgte der anaesthetisierte Reichum der Besitzenden dafür, daß die

drille Klasse von den Besitzern und dem Mittelstande vollständig befreit wurde.

In Varmen hat sich nun mittlerweile das Verhältnis etwas gebessert. Bei der diesmaligen Wahl erhielten unsere Genossen bis 2080, die freisinnig-ultramontane Liste bis 2141 und die konservativ-nationalliberale bis 961 Stimmen. In der am Freitag beendigten Stichwahl sind aber unsere Genossen, trotzdem sie recht tapfer gekämpft haben und noch um 500 Stimmen zunehmen, den vereinigten Gegnern unterlegen. In Elberfeld erhielten unsere Genossen nur rund 400 Stimmen. Ein Vergleich der Wahlziffern beider Städte hat nun in dem Elberfelder Rathaus zum Nachdenken Veranlassung gegeben. Elberfeld hatte am Schlusse des Jahres 1898 13 000 Einwohner mehr als Varmen und bei der letzten Reichstagswahl wurden in Elberfeld 12 210, in Varmen 11 031 Stimmen abgegeben. Man fragte sich: woher der große Unterschied? Und da stellte sich heraus, daß die Elberfelder Bourgeois lieber auf Steuern verzichteten, als daß sie sich der Gefahr aussetzten, mit sozialdemokratischen Stadtverordneten rechnen zu müssen. Ein Nationalliberaler und Hauptwortführer im Stadtverordnetenkollegium erklärte frei heraus: „Wir müssen uns die Sozialdemokraten fern halten“, worauf aber der anwesende Polizeikommissar (Magistratsperson) sich zu der Bemerkung veranlaßt sah: „Ja, meine Herren, die Einschätzung muß ordnungsmäßig vor sich gehen, wenn auch die Folge ein paar sozialdemokratische Stadtverordnete sein sollten.“

Einen Schild gegen das Eindringen sozialdemokratischer Stadtverordneten in das Rathaus findet man hier im Vergleich auch darin, daß die ganze Stadt nur einen Wahlbezirk bildet. 12 000 Wähler hatten in einem Wahllokal zu wählen, wozu dann natürlich mehrere Tage für die Wahl in der dritten Abtheilung erforderlich sind. So hat die Varmener Stichwahl 9 Tage gedauert. Abgesehen davon, daß falls die Stadt in Wahlbezirke eingeteilt ist, auch bei dem hohen Census in den Arbeitervierteln leicht Sozialdemokraten gewählt werden könnten, hat diese Art Wahlweise für unsere Gegner noch den Vorteil, daß sie während der Wahl, vom Abend bis zum andern Morgen, falls ihre Sache ungünstig steht, den bekannten, bei öffentlichen Wahlen besonders gut funktionierenden Wahlmechanismus leicht spielen lassen können.

So steht es im „demokratischen Rheinland mit der Auslieferung der Großstädte an die Sozialdemokratie aus. Wird die „Kölnische Zeitung“ auch jetzt noch zu behaupten wagen, hier seien schon jetzt die untersten Schichten der Bevölkerung bezüglich des Gemeindevahlrechts besonders günstig gestellt? —

Die Kunststättenpolizei.

Die wohlthätige Polizei hat nunmehr sich dazu verstanden, unser Kunstwesen in die richtigen Bahnen zu leiten.

Die „Verl. Korrespondenz“ teilt mit: „Nach sorgfältiger Prüfung der verschiedenen, über Mißstände im Theaterwesen, namentlich auch in den Parlamenten, laut gewordenen Klagen sind von Seiten der Regierung im Laufe der Zeit eine Reihe von Maßnahmen getroffen, deren Zweck es ist, ungeeignete Elemente von dem Gewerbe als Theaterunternehmer oder Theateragent fernzuhalten, dem Uebermaß von Theater niederer Gattung zu steuern und der Aufführung von Theaterstücken entgegenzutreten, deren Wirkung auf das Publikum ein polizeiliches Einschreiten rechtfertigt, andererseits aber der Aufführung von Bühnenwerken keine ungerechtfertigten Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Um den auf dieses Ziel gerichteten Bemühungen der Verwaltungsbehörden einen noch größeren Erfolg als bisher zu sichern, hat der Minister des Innern an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin eine Verfügung erlassen, in der diesen eine Reihe von Maßnahmen anempfohlen wird, die geeignet erscheinen, die Bühnen, soweit behördliche Maßnahmen dazu beizutragen vermögen, in immer höherem Maße zu Stätten der Erholung und Bildung weiter Volkstheatre zu machen.“

Die als Censoren thätigen Beamten, bei deren Wahl auf Erfahrung und ein gereiftes Urteil Bedacht zu nehmen ist, sind nach dieser Verfügung anzuweisen, daß sie die Aufführung von das Sittlichkeitsgefühl gründlich verletzenden Stücken verhindern, andererseits aber der Aufführung von Bühnenwerken keine ungerechtfertigten Schwierigkeiten bereiten. Eine schnelle und erspriehliche Censur würde durch persönliche Verhandlungen des Censors mit den Autoren und Theaterunternehmern sowie durch das gutachtliche Befragen literarischer Sachverständiger erheblich unterstützt werden.

„Um dem Ueberhandnehmen von Variététheatern und Singpielhallen entgegenzutreten, dürften die bestehenden Handhaben gestärkt. Das Bemühen der Behörden wird sich aber auch darauf zu richten haben, die Theater höherer Gattung, in enger Fühlung mit den Unternehmern und den an der Erhebung des Theaterwesens interessierten Kreisen, in ihrer Entwicklung positiv zu fördern, durch Einwirken auf eine zweckmäßige Regelung der Theaterverhältnisse, auf die Erhöhung des künstlerischen Niveaus und auf die finanzielle Sicherstellung des Unternehmens. In dieser Hinsicht empfiehlt sich durchaus die Vereinigung mehrerer Städte zu einem Theaterbezirk, innerhalb dessen derselbe Unternehmer an verschiedenen Orten abwechselnd Vorstellungen zu geben hätte; eine Einrichtung, die sowohl im Interesse von Publikum und Unternehmer, als auch besonders in dem der Bühnengehörigen liegt, denen so der übliche Wechsel zwischen Winter- und Sommer-Engagement erspart oder doch eine längere Spielzeit als bisher verschafft wird.“

Die Zuziehung des Deutschen Bühnenvereins und der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger bei der Konzessionierung der Schauspielunternehmer hat sich bestens bewährt. Man darf wohl annehmen, daß die genannten Vereinigungen auch in anderen Theaterfragen gern bereit sein werden, den Behörden jeden möglichen Beistand zu gewähren.

Eine eifrige und sachgemäße Befolgung dieser in dem Erlass des Ministers des Innern anempfohlenen Maßnahmen dürfte namentlich auch auf die Entwicklung der Theater der Reichshauptstadt, deren große Bedeutung für die Geistes- und Gesinnungsbildung des deutschen Volkes außer Frage steht, nicht ohne günstigen Einfluß bleiben.“

Das scheint die erste Reform zu sein, die der neue Minister des Innern, Herr v. Rheinbaben, unternommen hat. Hierfür werden nun laut polizeilicher Bekanntmachung die Schritte zu bilden gerufen. Die Polizei wird der höheren, der lässlichen Kunst die Wege ebnen, alles aber, was die Gesamtdarstellung des deutschen Volkes bedroht, sorgsam verhindern. Wenn man bedenkt, daß die Hauptpolizei schon ein Portal für gefährlich hält, um wie viel mehr wird die Kunstpolizei zu wachen haben, daß die Seelen nicht Schaden leiden. Dramatische oder vergassenhaftere Gelegenheiten — das ist das mindeste, was die Singpielhallen oder andere Kunststätten bieten müssen, um von der Polizei geduldet zu werden.

Uebrigens scheint es, daß Herr Paul Lindau, der ruhig nach Berlin zurückgekehrt ist, das erste Opfer dieser Polizei-Kunstkontrolle geworden ist; wenigstens verlautet, man habe ihn für ungeeignet erklärt, die Konzession des „Berliner Theaters“ zu übernehmen. —

Militärattachés in Paris.

Das „Militärattachéblatt“ hat jetzt amtlich verkündet, daß vom 12. Dezember der Oberleutnant Freiherr v. Sülind von seinem Kommando als Militärattaché bei der Botschaft in Paris entlassen worden ist. Damit sind nunmehr die drei Posten der Militärattachés der Dreieinigkeit in Paris aufbesetzt. Der italienische Militärattaché Major Panizzardi ist bereits seit längerer Zeit abberufen, der österreichisch-ungarische Militärattaché Oberst Schneider, der schon vorher beurlaubt worden war, ist vor einigen Monaten gestorben, jetzt wird in den nächsten Tagen auch Freiherr v. Sülind Paris verlassen. Es unterliegt für uns, so schreibt die „Allg. Ztg.“, keinem Zweifel, daß dieses Zusammenreffen kein zufälliges ist, daß vielmehr die Dreieinigkeit amtlich festgestellten Einkäufungen, die General

Mercier über die Ueberwachung ihrer Militärattachés durch den französischen Generalstab im Dreyfus-Prozess gemacht hat, und angeheißt der Behandlung, die in diesem Prozess den Militärattachés des Majors Panizzardi und des Obersten Schneider zu teil geworden ist, sich darüber verständigt haben, zunächst keine Militärattachés in Paris zu beurlauben. Demgemäß dürfte auch Frankreich nunmehr keine Militärattachés aus Berlin (Graf Fonceaud), aus Rom (Oberst Girard-Pinonnière) und aus Wien (Hauptmann de Loguiche) zurückberufen. Nach unseren Ermittlungen handelt es sich bei dieser Maßregel der Dreieinigkeit nicht um eine endgültige Einziehung dieser Stellen und noch weniger um eine feindliche Maßregel gegenüber der französischen Regierung. Wenn deutscherseits das Beispiel der beiden anderen Mächte des Dreiebundes befolgt wird, so geschieht das schließlich in dem Sinne, um durch die Gemeinsamkeit des Vorgehens jeden Zweifel darüber auszuschließen, als ob die drei Mächte in der Beurteilung der von französischen Behörden gegenüber den Militärattachés beobachteten Haltung einig seien. Es handelt sich nicht um eine Drohung, sondern um eine Vorbeugung; sie soll dazu dienen, die jetzigen guten Beziehungen, die zwischen dem Dreieinigkeit und der französischen Regierung bestehen, vor plötzlichen Störungen zu sichern, welche nur allzu leicht eintreten könnten, wenn in Frankreich das jüngste taktlose Verfahren gegenüber Herrn Panizzardi und Oberst Schneider auch auf etwaige Nachfolger ausgedehnt würde. Wenn die Gefahr nicht mehr vorliegen wird, daß ähnliche Vorkommnisse wieder eintreten, wird die Reuebesetzung der drei Stellen keine Schwierigkeiten hervorrufen. —

Aufsehen mit der deutschen Regierung sind die — Samoaner. Aus Apia wird offiziös vom 1. Dezember berichtet:

Dreizehn der einflussreichsten Häuptlinge haben dem deutschen Vertreter den Dank ihrer Anhänger für die Lösung der Samoafrage durch die drei Vertragsmächte erklärt und sich feierlich für die friedliche Haltung ihrer Distrikte verbürgt.

Wa olo!
Aus Washington wird gemeldet: In den hiesigen Zeitungen wird jetzt der Text des Deutsch-Amerikanisch-Englischen Samoa-Abkommens vom 2. D. M. veröffentlicht. Inzwischen sind Auszüge aus dem am 7. November unterzeichneten Abkommen der drei Mächte über die schiedsgerichtliche Entscheidung der Schadenersatzansprüche aus Verlusten während der Samoanischen Kriege erschienen. Danach soll der König von Schweden und Norwegen um Uebernahme des Schiedsrichteramts ersucht werden.

Ausland.

Der Schwager des Sultans verhaftet!

Bereits in der Sonntagsnummer berichteten wir, daß der Schwager des Sultans, der Gatte der Prinzessin Senita Sultana, geflohen sein soll. Es werden heute aus Philippopol folgende nähere Einzelheiten über die Affaire berichtet:

Mahmud Pascha flüchtete mit zwei Söhnen, einem Schreiber und dem Publizisten Humi Danial. Auf ein nach Paris gerichtetes Uferboot des Sultans wurde das Messageries-Schiff, auf welchem man die Flüchtlinge vermutete, in den Dardanellen untersucht. Die Untersuchung war jedoch resultatlos. Auch andere Schiffe und die Eisenbahnzüge wurden an der Grenze durchsucht, jedoch gleichfalls erfolglos. Nachträglich verurteilt aber Mahmud Pascha sei in den Dardanellen von dem Messageries-Schiff ans Land gebracht worden. Die Ursache der Flucht ist nicht in der jungtürkischen Bewegung zu suchen, sondern darin, daß Mahmud Pascha der Vermittler von Geschenken und Geldanweisungen für die englischen Bewerber um die Konzession für die Bagdadbahn gewesen sein soll. Man vermutet also, daß infolge des Scheiterns der englischen Bewerbung durch die Flucht Mahmud-Paschas irgend eine PreSSION ausgeübt werden sollte.

Diese Mitteilungen klingen etwas dunkel. Nach einer andern in Berlin eingetroffenen Nachricht soll Mahmud Pascha jedoch verhaftet worden sein. Man berichtet:

Mahmud Pascha ist am Bord des im Hafen liegenden französischen Messageries-Dampfers „Congo“ gelangt. Sobald der Sultan von der Flucht erfuhr, wandte er sich an den französischen Vizekonsul Constant, welcher dem Sultan versprach, den Dampfer anhalten zu lassen und Mahmud auszuliefern. Thatsächlich wurde der „Congo“ in den Dardanellen angehalten, Mahmud Pascha auf Befehl Constant's angeschlossen und den türkischen Behörden überliefert, nebst zwei Söhnen, die er mitgenommen hatte. Die Handlungsweise Constant's wird lebhaft kommentiert. Durch diesen neuen Skandal wächst die allgemeine Erregung.

Die Bestätigung dieser sensationellen Nachrichten und nähere Aufklärung über die Vorgänge bleiben natürlich abzuwarten.

Auch sonst gehen in der Türkei merkwürdige Dinge vor. Man meldet aus Philippopol:

Der frühere General-Staatsanwalt in Tripolis, Reuf Bey, der kürzlich nach Adana gebracht und alsdann wegen angeblicher junger türkischer Umtriebe verhaftet wurde, ist nach Konstantinopel geschafft worden und dort im Gefängnis plötzlich gestorben. —

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 18. Dezember. Dem „Magyar Ország“ zufolge sollen die nächsten Minister-Konferenzen in Wien zu einem modus vivendi geführt haben, welche es dem Grafen Clary ermöglichen, im Amte bis über Neujahr hinaus zu verbleiben, selbst für den Fall, daß das österreichische Parlament keine der Staatsnotwendigkeiten bewilligen sollte. —

Frankreich.

Paris, 18. Dezember. Infolge von Meinungsverschiedenheiten hat Clemenceau mit dem heutigen Tage seine Thätigkeit für die „Autore“ eingestellt.

Paris, 18. Dezember. Staatsgerichtshof. In der Sonntagsabstimmung wurde Georges Lhibaud vernommen, welcher näheres über die Organisation der Patriotenliga berichtete. Er sagte aus, die Patriotenliga habe nicht mit den Royalisten konspiriert; die Freunde Déroulades hätten nicht gewußt, daß sie vor der Kajerne von Neuilly Anstehungen veranlassen sollten. Darauf wurden die von Guérin vorgeschlagenen Zeugen vernommen.

Dänemark.

Der dänische Landesherr, eine Art dänisches „Herzogs“, erteilt sich immer mehr als ein gewaltiges Hindernis für jede Reformarbeit. Er schlägt immer einen Gesetzentwurf, der irgend eine Reform bedeutet, nach dem andern ab, selbst solche, denen die Regierung Sympathie erweist. Neulich hat er in drei Sitzungen wichtigen Reformgesetzen durch Verweigerung in eine Kommission den Todesstoß versetzt, aber deren Unschicklichkeit fast der ganze Riksdag und die Regierung einig waren: das Gesetz über die Arbeitszeit in den Wärdereien, das deshalb im Landesherrn abgelehnt wurde, weil der Landesherrmann für Anders, der reichliche Widerstreiter Stilling, als „Sachverständiger“ es für „überflüssig“ erklärte. Ebenso wurde das Kinder-Schulgesetz-Gesetz toig gemacht, namentlich durch die Ausföhrungen eines Autorspizier Maffel, der erklärte, dergleichen ginge nicht an; wenn die Kinder jetzt in den Schulen Essen bekommen sollten, würde man auch bald Kleider für sie fordern, worauf unser Parteigenosse ihn erklärte, daß man eben Reformen mache, um die Not zu beseitigen. Drittens wurde eine kleine Stempelsteuerreform verhindert, die den kleinen Leuten zu gute gekommen wäre.

Auch werden die Hochkonservativen Landesherrmänner immer annehmender in ihren Ansprüchen. Graf Ahlefeld erklärte neulich, wenn die Regierung nicht die Steuererlässe nach den Wünschen der Rechte durchföhre, könne sie sich auf ihren Fall vorbereiten.

Rum hat der Landesherr sogar einen Finanzausfluß zur Prüfung des Budgets eingeleitet, was ganz gegen alle Regel

verstoßt und ein Uebergriff ist, da nach dem Verfassungsgesetz das Budget zuerst dem Folkething vorgelegt werden muß.

Ebenso scheitert das neue Kommunal-Wahlgesetz an dem Widerstande des Landesherrn, da die Mehrzahl derselben beschloffen hat, an dem Wahlcensus von 1000 Kronen festzuhalten, während der Folkething eine Herabsetzung auf 800 Kronen beantragt hatte; es war dies die Bedingung der „Linken“ für die Einziehung der Verhältniszahl-Wahl. Außerdem sollen nur alle drei Jahre, statt alljährlich, Wahlen stattfinden. Dabei schäneln sich die Konservativen ins eigene Fleisch, denn ohne Verhältniszahl-Wahl werden die Konservativen aus dem Kopenhagener Gemeinderat bald verschwunden sein. —

Spanien.

Der Rest des spanischen Kolonialbesitzes soll erhalten bleiben. In der Madrider Deputiertenkammer interpellierte der Deputierte Cucurella den Ministerpräsidenten wegen der angeblichen Vorschläge einer fremden Macht (gemeint ist Rußland) bezüglich des Verkaufs von Ceuta. Ministerpräsident Silvela antwortete, daß die Gerüchte absolut falsch seien. Weder die gegenwärtige Regierung Spaniens, noch irgend eine andere künftige, würde die Oertlichkeiten annehmen oder auch nur annehmen. Uebrigens habe ihm auch niemand Andeutungen in diesem Sinne gemacht. Ceuta wie die noch in spanischem Besitz verbleibenden afrikanischen Besitzungen bildeten einen integrirenden Bestandteil des spanischen Territoriums und seien daher in keiner Form veräußerlich. Die Kammer spendete diesen Erklärungen lebhaften Beifall.

Madrid, 17. Dezember. Die parlamentarische Lage hat sich verschlechtert. Eine Einigung zwischen der Regierung und der Opposition zum Zwecke der Verwilligung des Budgets vor dem 31. Dezember ist fast unmöglich geworden.

Serbien.

Der Centralausschuß der serbischen Emigranten in der Schweiz richtet in „La Serbie“ eine Bitte an die Wiener Presse, gelegentlich des Besuches König Alexanders die Begnadigung der unschuldig Verurteilten zu verlangen. Dieser Akt werde mehr als alle diplomatischen Maßregeln zu der Näherung Serbiens dem Oesterreich-Ungarn beitragen. —

Englands Weihnachten.

London, den 16. Dezember.

Die heute abgelaufene Woche war mit den Nachrichten über die verunglückten Uebernehmungen bei Stornberg, Nagersfontein und Celso eine verlängerte böse Viertelstunde für England. Man muß den englischen Generalen eines lassen, in der Anerkennung ihrer Niederlagen lassen sie nichts zu wünschen übrig. Ihre Depeschen sind in dieser Hinsicht durchaus freimütig. Aber sie sind lakonisch, und so bleibt der Phantastie ihrer Leser ein weites Spielraum. Es ist aber nur natürlich, daß diese in solchen Fällen vorwiegend in der Richtung des gegebenen Anstoßes weiter arbeitet, das heißt, sich die Niederlagen und ihre Folgen übertreibt. Die Depressen der Gemüter war am Donnerstagmorgen schon sehr groß und hat sich heute naturgemäß noch gesteigert. Gatacres Niederlage konnte man schließlich noch als einen unangenehmen Zwischenfall behandeln, dessen Tragweite nicht übermäßig groß sei. Daß aber auch Methuen und Buller mit ihren ansehnlichen Regimentern wohl vorbereitete Angriffe nach schweren Verlusten aufgeben mußten, trifft die meisten wie ein Schlag aus heltem Himmel. Jetzt kann man die pessimistischsten Aeußerungen zu hören bekommen.

Kritisch selbste und fehlt es nicht an herber Kritik der verantwortlichen Personen. Die einen tadeln die Generale, die andern die heimische Militärverwaltung, die dritten die britische Diplomatie, insbesondere Herrn Chamberlain. Den Generalen wirft man vor, die Truppen unbilligen Parforetoren auszugeben, sie bei ungenügend sondiertem Terrain vor übermenschliche Aufgaben zu stellen — General Gatacres hat schon vom Sudanfeldzug her bei den Truppen den Weinamen Vodka, d. h. einer, der die Rücken schmerzen macht, und ein Mitglied des Hauses der Lords, der Earl of Durham, hat in einer öffentlichen Versammlung kategorisch erklärt, Gatacres sei ein Mann, dem nie ein selbständiges Kommando hätte anvertraut werden dürfen. Das hat dem Genannten freilich von den verschiedensten Seiten heftige Vorwürfe eingetragen, es sei ungenügend, jemand, dem eben Unheil widerfahren, in solcher Weise anzugreifen, aber dieser Tadel gilt mehr der Form des Angriffs als der sachlichen Kritik. Das Draufgehen um jeden Preis ist ein militärisches Glücksspiel, das in verzweifelter Lage oder dann seine Berechtigung hat, wenn der Verlust schnell erlitten werden kann. Weder das eine noch das andere trifft aber für Gatacres Fall zu. Ueber die Gründe von Methuens Fehlschlag laufen verschiedene Versionen um. Ein Telegramm des „Standard“ führt als einen der verhängnisvollsten Umstände die Thatsache an, daß man die Hochländer, um Verirrungen in der Dunkelheit zu vermeiden, in geschlossenem Zuge wider die von den Boeren besetzten Höhen anrücken ließ. Dadurch hätten die Soldaten, mit denen die rechtzeitig unterrichteten Boeren sie, als sie nahe genug waren, aus wohlverstandener Position überschütteten, dreifach mehr Verheerungen und Verwundungen unter ihnen anrichten können, wie wenn sie in aufgelöstem Zuge vorgezogen wären. Daß das Treffen bei Colenso beziehungsweise am Tugela River in ähnlicher Weise verloren wurde, scheint nach Bullers Telegramm außer Frage. Es ist immer daselbe Lied: die Boeren sind zehnmal besser über die Bewegungen der Engländer informiert als diese über die Positionen und Vorkehrungen der Boeren, und der Versuch, die Fehler in der Strategie durch tolle Bravour gut zu machen, endet mit einem Fehlschlag. John Bull hat in diesem Feldzug bisher seinem Namen in verhängnisvoller Weise Ehre gemacht. Die Sache erinnert sehr an ein spanisches Siegesgefecht.

Indes ist John Bull vorläufig noch nicht milde. Die Unzufriedenheit mit Diplomatie und Kriegführung ist bei der Waffe der Engländer nicht mit Gegerlichkeit gegen den Krieg identisch. Im Gegenteil, es sind heute mehr Leute davon überzeugt, daß der Krieg unvermeidlich war, als vor zwei Monaten. Die große Entfaltung von Militärmitteln seitens der Boeren wird von ihnen als ein Beweis betrachtet, daß diese zielbewußt darauf hingearbeitet haben, in einem günstigen Moment den Kampf mit England aufzunehmen und der englischen Oberhoheit in Südafrika ein Ende zu machen. Daß sie das nicht vorausgesehen oder, soweit sie es vorausgesehen, nicht rechtzeitig und in geeigneter Weise Gegenmaßnahmen getroffen hat, wird der Regierung von Kritikern aus dem eigenen und dem Oppositionslager mit zunehmender Schärfe vorgehalten. Ja, die Erbitterung ist bei den Anhängern der Regierung womöglich noch größer als bei ihren Gegnern. Bei beiden aber äußert sie sich lediglich retrospektiv. Natürlich sehe ich dabei von den Sozialisten und Antisozialisten ab, die grundsätzliche Gegner des Krieges sind, deren Opposition jedoch für den Moment einflusslos ist.

Auf der am Mittwoch in Manchester abgehaltenen Versammlung des großen Ausschusses der liberalen Partei stellten einige radikale Delegierte den Antrag, aus einer von der engeren Leitung vorgeschlagenen Resolution über den Krieg in Südafrika einen Satz zu streichen, worin es heißt, der Ausschuss erkenne an, daß unter den gegebenen Umständen die Regierung keine Wahl habe, als den Krieg im Interesse seiner möglichst baldigen Beendigung mit äußerster Energie zu führen. Der Antrag ward aber mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Selbst ein Antrag, den Satz einzuschließen, daß nach Ansicht des Ausschusses „eine weite Diplomatie den Krieg hätte vermeiden können und müssen“, fand bei 114 Annehmenden, 64 gegnerische Stimmen. Eine so starke Widerheit im Rat der Partei, die Friede, Selbstbefriedigung und Reform“ auf ihre Fahne geschrieben hat, weigerte sich, die Politik der Regierung in Südafrika als grundsätzlich verfehlt zu erklären.

Die angegenommene Resolution behält der liberalen Partei das Recht vor, nach beendeten Krieg Kritik an den Regierungsmaßnahmen

zu lösen und drückt im übrigen die feste Ueberzeugung aus, daß die einzige Grundlage für eine dauernde Regelung der südafrikanischen Frage in der gebührenden Berücksichtigung der Wünsche aller Sektionen der Bevölkerung Südafrikas und der Gewährung des höchsten Grades von Selbstverwaltung an sie besteht, der mit dem Frieden und dem Gedeihen Südafrikas vereinbar ist.

Was hier nicht ausdrücklich gesagt ist, wurde von dem schottischen Abgeordneten A. Birrell, der die Resolution begründete, und dem Professor Massie von Oxford, der die Unterstützungserklärung hielt, ergänzend hinzugefügt: die Herstellung und Sicherstellung der britischen Oberhoheit in Südafrika. Das einzige derzeitige Ziel sei, erklärte Mr. Birrell — sonst immer der Spätmacher des Parlaments — den Krieg so lange zu betreiben, bis die englische Flagge in Pretoria und Johannesburg wehe, und dann die Frage in einer Weise zu behandeln, welche die verschiedenen Klassen, die in Südafrika Seite an Seite zu leben hätten, mit einander verschmelze.

Der Krieg hat in der liberalen Partei den Einfluß der Reaktion Rosebery-Grey-Fowler sehr gestärkt. Die gegnerische Richtung, die an den Bright'schen Ueberlieferungen festhaltenden Radikalen, beschränken sich auf gelegentliche Proteste in Presse und Versammlungen, die aber ohne Nachhall bleiben, weil ihnen die Einheitlichkeit fehlt. Es giebt da wieder die verschiedensten Schattierungen. „Justice“, das Organ der „Socialdemokratischen Föderation“, fordert in der heutigen Nummer die Link-Radikalen auf, sich den Sozialisten behufs kräftiger Gegenagitation gegen den Chauvinismus der beiden großen Parteien anzuschließen. Es sieht aber vor der Hand nicht so aus, als ob eine solche Agitation auf nennenswerte Erfolge rechnen könnte. Die gegenwärtige Stimmung ist eher einer Agitation günstig, die auf Verneinung der militärischen Kräfte des Landes abzielt. „Mehr Soldaten! Mehr Kanonen!“ — das ist im Augenblick der populäre Ruf.

Auf allen Seiten hört man es, daß die Erfahrungen des Feldzuges schon jetzt die Notwendigkeit einer völligen Reorganisation der englischen Streitkräfte bewiesen hätten. Eine Art allgemeiner Wehrpflicht sei für England ein unabweisbares Gebot der Selbsthaltung. Daß es zu etwas dergleichen kommen wird, ist auch die Ansicht des Genossen S. Quelf. Er meinte in einem am Sonntag in Burnley gehaltenen Vortrage, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sei an sich vielleicht nicht so schlecht, man müsse nur dafür sorgen, daß dabei statt des deutschen oder französischen das schweizerische Muster befolgt werde. Dann werde die seines Erachtens eher gegen, statt für Kriege wirken, denn heute seien die lautesten Kriegsheter diejenigen, die nicht in den Krieg zu ziehen brauchten. In derselben Stadt sprach am Donnerstag vorher Gynman über den südafrikanischen Krieg, für den er in erster Reihe Herrn Chamberlain verantwortlich machte. Er wolle nicht so weit gehen zu behaupten, daß die Regierung mit Vorbedacht um der Goldminen willen den Krieg provoziert habe, aber er behauptete, daß sie wegen derselben zum Krieg gedrängt worden sei. Er, Gynman, wünsche natürlich, da der Krieg nun einmal da sei, daß die eigene Seite siegreich sei, aber es werde enorme Opfer an Menschen und Geld kosten, bis dieser Feldzug, der schändlichste und widerlichste Krieg, den England in diesem Jahrhundert geführt, sein Ende erreicht habe.

Es sind böse Weisheiten für England. In Indien herrscht in weiten Distrikten schon wieder Hungersnot, so daß jetzt gegen zweieinhalb Millionen Menschen an Nothstandsarbeiten beschäftigt werden müssen. Dahem wird infolge des ungünstigen Ganges der Dinge in Afrika eine große Finanzkrisis bedroht — bis zu einem gewissen Grade ist sie bereits da. Die Börse hat ihren Optimismus total verloren, und in der Geschäftswelt herrscht große Geldknempe. Die Industrie, die direkt und indirekt für den Krieg thätig ist, geht flott genug, aber im Handel wird sehr über die mangelnde Kaufkraft und Kaufkraft der Mittelklassen geklagt. Für das Volk aber droht die hereingebrochene scharfe Kälte die in meinem letzten Brief angezeigte Kohlennot zu einer wahren Kalamität zu machen. Die Preise schnellen unheimlich in die Höhe, und es ist, da die Regierung sich einen großen Teil der Kohlenproduktion für Kriegszwecke gesichert hat, für die nächste Zeit nur an ein weiteres Steigen zu denken. So groß ist der Kohlenbedarf, daß selbst in Yorkshire, wo die Kohlen geradezu vor der Thür liegen, Fabriklanten wegen Kohlenmangel die Produktion haben einstellen müssen.

Alles das wird mit verhältnismäßig starker Resignation getragen, weil das Gefühl vorherrscht, daß England in Südafrika einen Kampf um seine bedrohte Weltmachtsstellung führt.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Die Feststellung des Wahlergebnisses für Ludwigshafen macht große Schwierigkeiten und ist daher bis jetzt noch nicht beendet. Doch steht schon soviel fest, daß unsere Genossen einen bedeutenden Erfolg errangen. Es scheint, daß acht Parteigenossen gewählt wurden.

In den beiden böhmischen Orten Wetzub und Kyschitz wurden in der dritten Klasse sämtliche socialdemokratische Kandidaten in den Gemeinderat gewählt.

Wegen Verdacht des Meineids, begangen in dem Verleumdungsprozeß gegen die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“, wurde in Kiel, wie uns ein Privattelegramm meldet, der Polizeikommissar A. Meising verhaftet. Die Verhaftung erregt allgemeines Aufsehen.

Genosse Bredendek in Dortmund hat nunmehr von Lütgenau die Klageschrift bekommen. Die öffentliche Verhandlung wird die Angelegenheit dann aus der Welt schaffen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Arbeiter Berlin! Die Differenzen zwischen den organisierten Gastwirtsgehilfen Berlins und dem Seilfabrikarbeiter (Andreas-Festale) sind durch Schiedsspruch beigelegt. Beide Parteien haben sich mit dem Schiedsspruch einverstanden erklärt und denselben unterschrieben. Die Angelegenheit ist für die Berliner Arbeiter hiermit erledigt.

Berlin, den 15. Dezember 1899.

Für die Berliner Lokalschiedskommission.
Karl Scholz, Oskar Blum, Rudolf Willarg, Gustav Ruffe.

Zur Bewegung über städtischen Arbeiter. Nachdem die Arbeiter der zweiten städtischen Gasanstalt beschloffen hatten, im Falle die von ihnen verlangte Erhöhung der Arbeitslöhne nicht bewilligt würde, die Arbeit einzustellen, fand am letzten Sonntagabend eine Versammlung der Arbeiter sämtlicher städtischer Gasanstalten statt. Es wurde beschlossen, sich der genannten Forderung anzuschließen und eventuell in einen Generalkonflikt einzutreten. Die Forderung gipfelt hauptsächlich in der Erhöhung des jetzt 5 M. betragenden Lohnes für die Tagesarbeit um 20 Proz. sowie für die Nacht- und Sonntagsarbeit um 40 Proz. Außerdem soll die Arbeitsdauer auf neun Stunden festgesetzt werden. Die städtische Gasdeputation hat in ihrer am Montag unter Vorsitz des Stadtrats Ramsdorn stattgehabten Sitzung sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und kam zu dem Beschluß, die Arbeitslöhne je nach den Kategorien bis zum Höchstmaße von 10 Proz. zu erhöhen, dagegen jede weiter gehende Forderung abzulehnen.

Als eine Nachfrage betrachtet der Hafffabrikant Leuch den Konflikt mit seinen Arbeitern. Die Arbeiter hatten sich, da die in jener Fabrik herzustellenden Haffer für die Schultheiß-Druckerei bestimmt waren, an den Herrn Direktor Köhler gewandt. Herr

Köhler erkannte auch die Forderungen der Arbeiter als berechtigt an und suchte eine Verständigung herbeizuführen. Herr Leuch aber erklärte, daß er sich auf nichts einlasse; auf das Geld käme es ihm nicht an, aber er betrachte es als eine Nachfrage. Im übrigen sei er gewillt, sämtliche Ausstände bis auf 5 Mann wieder einzustellen, aber zu den alten Bedingungen. Darauf können sich die Arbeiter natürlich nicht einlassen, um so weniger, als die geforderten Löhne schon jetzt in den meisten Verhältnissen gezahlt werden. Mögen die Kollegen in der Provinz sich durch die lodenden Zeitungsinserate des Herrn Leuch nicht täuschen lassen, sondern den Forderungen streng fern halten. Centralverband deutscher Arbeiter. L. Klappschuh, Voedstr. 40.

Achtung, Rabbitspinner! Indem die Rabbitspinner wegen Wohnzuzug über die Firmen Schulz, Charlottenburg, und Gebr. Wagners, die die Sperrung verhängt haben, so werden die Kollegen hierdurch aufmerksam gemacht, so lange die Differenz der Puppe nicht beigelegt ist, für diese Firmen weder aufzutreten noch auszubringen.

Deutsches Reich.

Gegen die Streikposten. Etwa 30 Lederarbeiter in Wülster haben merkwürdigerweise erst jetzt Strafmandate wegen Streikpostensichens zugesandt erhalten. Das „Verbrechen“ liegt bei den meisten schon Monate zurück, so daß die Anklagen, die Polizei habe aus dem bekannten Kammergerichts-Urteil von neuem Mut geschöpft, um gegen die Streikposten vorzugehen, nicht unberechtigt ist.

Schnur den Arbeitswilligen. Wegen Verleumdung von drei arbeitswilligen Steinmeyer, welche während der Aussperrung gegen den Beschluß der organisierten Steinmeyer arbeiteten, wurden vom Schöffengericht in Dresden die Maurer Heise und Liede zu je einer Woche, der Maurer Altem und der Zimmermann Urban zu je 2 Tagen und der Zimmermann Richter zu 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Anklage war wieder einmal furchtbar zurecht gemacht — Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung, Verleumdung und was sonst noch. Die als Verleumdungen geladenen angeblich Verletzten wußten aber von der Hauptsache nichts und erklärten, daß sie von solch schandigen Strafsentzügen nichts wüßten. Es blieb nur ganz geringfügige Verleumdung übrig.

Ein Stückchen Streikluft-Verkäufung hat sich auch die Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen nicht versagen können. Bisher wurde, wenn die Arbeiter Rückfahrkarten durch Ausbruch eines Ausstandes nicht zur Ausnützung gelangten, für die nicht abgefahrenen Strecken eine Rückvergütung gewährt. Darin muß man wohl höheren Orts so etwas wie eine Förderung des Gebrauchs des Koalitionsrechts erblickt haben, denn diese Rückvergütung ist jetzt laut einer Meldung des „Frank. Kur.“ unterjagt worden. Da aber die Vergütung bei Arbeiter-Wochenarten bestehen bleibt für Fälle von Arbeitsverhinderungen infolge höherer Gewalt, für Erkrankungen und Todesfälle, dann aber die Gründe der Nichtausnutzung der Fahrkarte nachzuweisen sind, so kann man die obige Maßnahme kaum anders erklären als durch das Bestreben, Ausstände durch die Androhung eines materiellen Verlustes vorzubeugen. Das wird sich natürlich als ein Versuch mit untauglichen Mitteln erweisen.

Gewerbegerichts-Wahlen. Bei der Wahl der Münchener Gewerbegerichts-Beisitzer aus dem Stande der Arbeitnehmer siegte die Liste des Gewerkschaftsvereins über die Liste der katholischen Arbeitervereine mit 5736 gegen 1854 Stimmen. Im Jahre 1896 entfielen auf den Gewerkschaftsverein 6602, auf die katholischen Arbeitervereine 1985 Stimmen. Im Jahre 1893 wurden für den Gewerkschaftsverein 3720, für die katholischen Arbeitervereine 655 Stimmen abgegeben.

Ausland.

Die gemeldete Beendigung des Streiks in Zwickau i. S. bestätigt sich. Die Vereinbarungen sind auf dem Bürgermeisteramt in Gegenwart des Gewerbe-Inspektors und des Vertreter der österrischen Gewerkschaftskommission, Queber, geschlossen und von beiden Parteien unterzeichnet worden. Die Arbeiter haben ihre Hauptforderung, den zehnstündigen Arbeitstag, durchgedrückt; allerdings tritt er erst am 1. April 1900 in Kraft. Die Löhne werden von demselben Datum ab um 6 Kreuzer per Stück erhöht. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Die gewerkschaftliche Organisation ist von den Fabrikanten anerkannt worden.

Der Wiener Stadtbrecher-Streik hat nach siebenwöchentlicher Dauer mit einem Siege der Arbeiter geendet. Die Arbeit wird unter folgenden Bedingungen aufgenommen: Die Arbeitszeit währt von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags, bei einer vierstündigen Frühstückspause; nachmittags von halb 2 Uhr bis 6 Uhr abends ohne Pause. Ueberstunden werden doppelt entlohnt. Zur Vermeidung von Differenzen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist ein ständiger Einigungs-ausschuss zu wählen, der zur Hälfte aus Unternehmern und zur Hälfte aus Arbeitern besteht. Die neunstündige Arbeitszeit, für deren Erringung der Kampf in erster Linie aufgenommen worden war, wurde also „offiziell“ nicht bewilligt, sie besteht aber trotzdem in den meisten Betrieben.

Vom südafrikanischen Krieg

Neuere Meldungen vom Kriegsschauplatz selbst nicht vor, wenigstens keine wichtigen. Dagegen ist es interessant zu sehen, welche Wirkungen die niederschmetternden Meldungen über die Niederlage des Generals Buller in England gehabt haben. Man beginnt dort in weiten Kreisen einzusehen, daß sich ein für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfendes Volk, und sei es auch militärisch ganz unorganisiert, von einem Söldnerheer so leichten Kaufs nicht schlagen läßt. Auch sieht man in England, welche Konsequenzen die fortwährenden Niederlagen für das Ansehen und die Großmachtsstellung Englands bedeuten.

Darum soll vorläufig noch alles daran gesetzt werden, um die Ehrenten wieder auszuweichen. Die englische Regierung hat beschlossen, den Oberbefehl zu wechseln und mit der Führung desselben einen in zahlreichen Feldzügen bewährten General, Feldmarschall Lord Roberts, den Sieger von Kandahar, zu betrauen und General Lord Kitchener, den Sieger über die Deutschen, zu seinem Generalkommandeur zu ernennen. Buller behält indes bis auf weiteres die Leitung des Feldzuges in Natal, die, wie es im kriegsministeriellen Erlaß heißt, seine Gegenwart und ungeteilte Aufmerksamkeit erheischen dürfte. Das Kriegesamt beschloß ferner, den Rest der Armeeereserve einzuberufen und die in der Mobilisierung begriffene 7. Division unverzüglich nach Südafrika mit Artillerieverstärkungen einschließlich einer Panzereinheit zu entsenden. Ferner wurde beschlossen, zehn Bataillone Miliz zu entsenden, sich freiwillig für die Verwendung im Auslande zu melden, ein starkes bereitendes Sondereinsatz aus Freiwilligen der Yeomanry-Regimenter und aus anderen Corps für Südafrika zu bilden und das Ansehen der Kolonien, weitere Hilfstuppen zu stellen, soweit als thunlich anzunehmen. Die regulären Truppen in Malta und Gibraltar, die Marschbefehl nach dem Kap erhielten, werden durch Miliztruppen ersetzt.

Lord Kitchener, der in England durch seine Siege in Ägypten sehr populär geworden ist, begiebt sich unverzüglich auf den Kriegsschauplatz. Aus Kairo wird vom Montag gemeldet:

Lord Kitchener verläßt morgen Omdurman, trifft am Freitag in Kap ein und begiebt sich von dort sobald als möglich nach dem Kap. — Thatsächlich dürfte diesem dann auch die weitere eigentliche Leitung des Feldzuges zufallen, da der neue nominelle Oberbefehlshaber schon ein Mann in hohen Jahren ist.

Im übrigen bemüht sich England, alle Streitkräfte, die es irgendwo in der Welt noch aufzuteilen kann, nach dem afrikanischen Kriegsschauplatz zu bringen. Ein Teil der Besatzung von Gibraltar wird am 24. d. M. nach Transvaal abgehen.

Aus Kairo meldet die „Agence Havas“: England hat die Absicht, für den Krieg in Transvaal 2000 Mann aus Ägypten zu ziehen; dies hätte aber den Nachteil, Ägypten ohne Garnison zu lassen. Man glaubt, daher werde ein Teil der siebenten Division zum Ersatz der nach Südafrika geschickten Truppen nach Ägypten kommen. Es ist auch die Rede von der Entsendung eines Eingeborenen-Kontingents.

Aber in Südafrika bereiten sich neue böse Dinge für die Engländer vor, indem die Boeren der englischen Kapkolonie jetzt ganz offen zu den kämpfenden Stammesgenossen übergehen. Den in Pretoria eingetroffenen Nachrichten zufolge breitet sich der Aufstand der Holländer im Kaplande immer weiter aus. Zur Zeit dienen bereits ungefähr zehntausend Kap-Holländer im Boerenheer. Der Boerensieg am Tugelaflusse verstärkt die Abfallbewegung. Die englischen Morgenblätter melden aus Pretoria vom 13. d. M., 600 Kap-Holländer in Barkly hätten sich den Boeren angeschlossen, ferner 2000 in Barkly East und 1500 in Burgersdorp. Eingeborene berichten ferner, daß alle Boeren in Beishuanaland im Aufstande sind.

Sehr bezeichnend für die Stimmung in Südafrika ist auch die folgende Meldung aus London vom 18. Dezember: Ein Telegramm aus Kapstadt meldet, daß eine halbe Schwadron der Division des Generals French auf einem Gehöfte erschien, um dort Fourage für die Pferde zu requirieren. Sie wurde von Afrikanern umzingelt und gefangen genommen. — Aus Kapstadt wird weiter gemeldet, daß die gesamte Bevölkerung zwischen Alwal North und de Kar sich im Aufstande befindet. Es ist dies für die englische Armee um so gefährlicher, als de Kar der Konzentrationsspunkt des Armeecorps der Kapkolonie ist, und weil sich dort ungeheure Vorräte an Proviant und Munition befinden.

London, 18. Dezember. Mehrere Blätter stellen fest, daß die Gesamtverluste der Engländer bis heute ungefähr 12 000 Mann betragen.

Sehr unangenehm beginnt der englischen Regierung auch die Stimmung der irischen Bevölkerung dem Boerenfeldzug gegenüber zu werden. Eine öffentliche Versammlung in Dublin, welche das irische Komitee für Transvaal einberufen hatte, um gegen die Haltung des Trinity College zu protestieren, welches beabsichtigt, Chamberlain zum Doctor honoris causa zu ernennen, und um die Sympathie für die Boeren auszudrücken, wurde von der Regierung verhindert. Jedoch kam eine beträchtliche Volksmenge zusammen und einige Mitglieder des Komitees versuchten zu sprechen. Die Polizei zerstreute aber die Menge. Hierauf führten die Veranstalter der Versammlung in der Stadt umher und man hielt ein Banner in den Farben von Transvaal. Die Polizei beschlagnahmte das Banner. Unmittelbar danach fand eine Versammlung statt.

Vom westlichen Kriegsschauplatz berichtet die „Times“ aus Modder-River vom 15. d. M.: Eine heute früh durchgeführte Reconnoscierung ergab, daß die Boeren 5 Meilen von Modder-River drei Lager haben. — Die Streitkräfte der Boeren sollen etwa 20 000 Mann betragen.

Die sonderbare Fassung der amtlichen Telegramme vom Kriegsschauplatz ist wohl manchem schon aufgefallen. Wenn z. B. General Buller von einem „schweren Schicksalsschlag“ spricht, so erscheint uns das recht unmillitär. Der Ausdruck, wie andere ähnliche, ist auch thatsächlich nicht authentisch und auf mangelhafte Uebersetzung zurückzuführen. Der „schwere Schicksalsschlag“ heißt im Original „heavy reverse“, ein schwerer Mißerfolg, eine schwere Niederlage.

Demonstrationen für Chamberlain.

Dublin, 18. Dezember. Chamberlain wohnte der heutigen Sitzung des Senats des „Trinity College“ bei, welcher ihn zum Ehrendoktor der Rechte ernannte.

Nach der Senatsfeier des Trinity College kamen etwa 150 lokale Studenten auf die Straße und sangen patriotische Lieder. Sie trugen den Union Jack vor sich her, den die Polizei jedoch wegnahm, um einen möglichen Zusammenstoß mit irischen Nationalisten vorzubeugen. Später machten diese Studenten einen Angriff auf das Mansion House, auf dem die grüne Flagge wehte, nahmen dieselbe herab und zerrissen sie.

Nachdem Chamberlain die Würde eines Doktors der Rechte erhalten hatte, jagte er in Erwidung der Juriste der Studenten in einer kurzen Ansprache, England habe größeres Mißgeschick im Iririenkrieg und während des indischen Aufstandes ertragen und er zweifle nicht, daß die Nation jetzt wie damals wieder auf die Füße springen werde.

Friedensvorschlüge.

Brüssel, 18. Dezember. Einer Depesche der „Indep. Belge“ aus London zufolge geht dort das Gerücht, Präsident Krüger habe mit Unterstützung des Afrikaner-Kabinetts der Kapkolonie Schritte gethan bezüglich der Einstellung der Feindseligkeiten und der Abschließung eines Friedensvertrages. In derselben Depesche wird weiter gemeldet, die ganze Gegend zwischen Queenstown und dem Orange-Flusse sei im Aufstande begriffen.

Die wahre Ursache der englischen Niederlage hat das Blatt des Alldeutschen Friedrich Lange entdeckt:

Wer an preussische militärische Erziehung gewöhnt ist, hat sich von Tag zu Tag mehr gewundert über die Führer der englischen Truppen. Je mehr Lichtbilder der Generale aus den englischen illustrierten Zeitschriften und vor Augen geführt wurden, um so mehr erstaunten wir über das vollendet Ummilitärische dieser Kreier um Fortunas Helmvisse und Schätze. Abgesehen von dem eintem, dem Verteidiger Mafeking, dem Obersten Baden-Powell, haben sie alle kleine militärische Gesichter. Lord Methuen erscheint wie ein zwerghaftes Kind, Wainhope und White machen den Eindruck von Trümmern — der eine kalt, der andere warm und wie umflort von Offians Hochlandnebeln —, General Buller endlich, um von French und Gatacre gänzlich zu schweigen, machte mit seiner eigensinnigen Kalte über der Oberlippe von vornherein nicht den Eindruck des unangenehmen, des unflüchtigen Draufgängers und Bezwingers der launigsten aller Götinnen. Das spezifisch militärische preussische Kriegserfahrung fehlte ihnen allen.

Man sende eine Schiffsladung Habjacher Partbinden nach Südafrika und weise den Boeren.

Wären die militärischen Gestalten der preussischen Generale schon 1807 bei Jena der Partbinde teilhaftig gewesen, so brauchte keine trübe Erinnerung und keine Zukunftsfrage Friedrich Langes preussisch-weltdeutsches Gemüt bekümmern.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln a. Rh., 18. Dezember. (W. G.) Die „Köln. Ztg.“ meldet über Washington, der aus Australien eingetroffene Dampfer „Warrino“ bringe einen aus den deutschen Besitzungen in Neu-Pommern datierten Brief mit der Nachricht, daß der deutsche Händler Mey mit deren seiner schwarzen Jungen ermordet und von den Eingeborenen verzehrt wurde.

Budapest, 18. Dezember. (W. G.) Der Generalfeldmarschall v. Schönaich wird von maßgebenden Kreisen als der Nachfolger des Ministerpräsidenten Tisza bezeichnet.

Berlin, 18. Dezember. (W. G.) Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Bruch des Einigungsvertrages im Baugewerbe.

Das Einigungsamt setzte am Montag die am Freitag verlagte Verhandlung in Sachen des angeklagten Vertragsbruchs der Maurer fort. Es waren 15 Zeugen geladen, durch deren Vernehmung festgestellt werden sollte, ob die über den Bau des Baumeisters Karchow verhängte Sperre bereits am 9. November, nachdem Karchow Mitglied des Bundes der Arbeitgeber geworden war, aufgehoben worden ist, oder ob sie noch nach diesem Tage weiter bestanden hat.

Zunächst läßt der Vorsitzende v. Schulz feststellen, was unter einer Baupolizei zu verstehen ist. Die Arbeitgeber sagen: Eine Baupolizei besteht nicht, wenn sämtliche auf einem Bau beschäftigte Arbeiter entlassen werden, auch nicht, wenn sämtliche Arbeiter die Arbeit niederlegen, sondern nur, wenn Posten ausgestellt werden, welche verhindern, daß Arbeiter auf dem betreffenden Bau anfangen. Die Arbeiter erklären: Eine Baupolizei liegt nur dann vor, wenn die Organisation dieselbe anerkennt und die Posten entschädigt.

Als im Laufe der Zeugenvernehmung der Weisiger einige Fragen an einen Zeugen stellt, die aufseiner den Unternehmern unangenehm waren, sagt Baumeister Ladmann: Wir Arbeitgeber wollen wissen, ob Herr Weisiger die Fragen zu Gunsten der Arbeiter oder der Arbeitgeber stellt. Wir denken, die von uns gewählten Weisiger haben hier nur unser Interesse zu vertreten und nicht durch Fragen, wie sie Herr Weisiger stellt, den Thatbestand zu verdunkeln. Weisiger Dr. Gerschl: Wir sind vereidete Gewerberichter und befinden uns hier in derselben Position wie jeder andere Richter. Wir vertreten weder die Interessen der einen noch die der anderen Partei und wenn wir Fragen stellen, so geschieht das nur, um den Thatbestand unparteiisch aufzuklären. Vorsitzender v. Schulz bestätigt auch fernerseits die Erklärung des Dr. Gerschl.

Die sehr eingehende Zeugenvernehmung dauerte mehrere Stunden. Der Geschäftsführer und der Poller Karchow sagen aus, sie hätten bis zum 23. oder 24. November Maurer, die sie bestimmt für Streikposten hielten, vor dem Bau stehen sehen. Ein Schuttmann, der während der Sperre zur Beobachtung des Baues kommandiert war, behauptet, es seien 14 Tage lang Streikposten ausgestellt und regelmäßig abgelöst worden. Weiter sagt der Zeuge, nachdem die Lohnkommission auf dem Bau war — etwa drei Tage nach dem Ausbruch der Arbeitniederlegung — seien die Sperre aufgehoben und die Streikposten zurückgezogen worden. — Hierbei ist zu bemerken, daß die Lohnkommission tatsächlich am 9. November auf dem Bau war und nach Behauptung der Arbeitervertreter an diesem Tage die Sperre aufgehoben hat. Die Arbeitgebervertreter behaupten dagegen, die Sperre sei erst am 24. November aufgehoben worden, nachdem die Richterkommission auf dem Bau respektiert hatte.

Maurer Born sagt aus, die Sperre sei am 9. November aufgehoben worden.

Maurer Fisch, der als Baudeputierter auf dem Karchow'schen Bau fungiert hat, bekundet auf das Bestimmteste, die Sperre sei, nachdem die Lohnkommission auf dem Bau war, am 9. oder 10. November aufgehoben worden. Er selbst, der als Baudeputierter die Pflicht gehabt hätte, die Ausübung der Sperre so lange zu überwachen und zu leiten, bis sie aufgehoben war, habe bereits etwa 10 Tage nach Beginn der Sperre auf einem anderen Bau gearbeitet. Ueber die Funktionen des Baudeputierten befragt, sagt der Zeuge, die Baudeputierten nehmen unter den Maurern etwa dieselbe Stellung ein, wie die Unteroffiziere unter den Soldaten. Baumeister Geride: Die Unteroffiziere sind bekanntlich gut gedrillt, die Organisation der Maurer hat demnach ihre Leute auch gut gedrillt. Silber Schmidt: Wenn damit gesagt sein soll, daß wir unsere Kollegen für die Abgabe ihrer Aussage gedrillt haben, so muß ich gegen eine solche Unterstellung protestieren. Vorsitzender v. Schulz: Ich nehme an, daß Herr Geride es nicht so gemeint hat. Geride: Die Schlußfolgerung überlasse ich Herrn Silber Schmidt. Ich habe es auch nicht so gemeint.

Auf die Vernehmung der übrigen Zeugen wird von beiden Seiten verzichtet. Die Vertreter der Parteien äußern sich hierauf über das Ergebnis der Beweisaufnahme.

Seitens der Arbeitgeber wird bemerkt, sie wollten an die Feststellung des Vertragsbruchs keine weiteren Konsequenzen knüpfen, es komme ihnen nur darauf an, feststellen zu lassen, daß es den Arbeitnehmern nicht erst sei mit der Erfüllung der Vertragsbestimmungen. Es solle zugegeben werden, daß einzelne Arbeitgeber nicht alle Forderungen des Vertrages hinsichtlich Verbänden und dergleichen erfüllen, aber der Bund sei willens, den Vertrag treu zu halten.

Die Vertreter der Arbeitgeber betonen, auch sie seien durchaus vertragstreu. Es müsse bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, ob es dem Vertrage entspreche, wenn ein Arbeitgeber, nachdem er Differenzen mit seinen Arbeitern bekommen habe, dem Bund beitrete, und der Bund ihn nun unter seinen Schutz nehme, indem er verlange, daß die Arbeiter bei dem münchener Bundesmitglied die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Vom moralischen Standpunkt aus wäre es erforderlich gewesen, daß Herr Karchow, ehe er dem Bund beitrete, die Differenzen mit den Arbeitern erledigte. Der Arbeiterorganisation falle es nicht ein, für Mitglieder einzutreten wegen solcher Angelegenheiten, in die sie sich vor ihrer Mitgliedschaft verwickelt haben. Trotz dieses ihres Standpunktes hätten aber die Arbeiter, um alle Mißverständnisse zu vermeiden, die Sperre aufgehoben, sobald sie erführen, daß Karchow Mitglied des Bundes geworden war.

Nachdem die Verhandlungen von 11 1/2 bis 5 Uhr gewährt hatten, zog sich das Einigungsamt zurück und fällt nach kurzer Beratung folgenden Schiedspruch:

1. Der Vergleich vom 14. Juni 1899 ist als zwischen allen Arbeitgebern des Maurergewerbes in Berlin und der Vororte, gleichviel, ob sie dem Arbeitgeberbunde angehören oder nicht, und den Arbeitnehmerorganisationen geschlossen anzusehen. Die von der Richter-Kommission auf Grund des Vergleichs beschlossenen Ausführungsbestimmungen haben dieselbe Geltung wie der Vergleich.

2. Die am 7. November erfolgte Verhängung der Sperre über den Karchow'schen Schulbau in der Grenzstraße ohne vorherige Anrufung der Richter-Kommission beziehungsweise des Einigungsamts ist als ein nicht beabsichtigter und deshalb entschuldbarer Verstoß gegen den Vergleich vom 24. Juni 1899 zu erachten.

3. Die Behauptung, daß die Arbeitsleistung der Arbeitnehmer seit Abschluß des Vergleichs erheblich zurückgegangen sei, und daß diese Minderleistung auf einer Vereinbarung der Arbeitnehmer beruhe, ist nicht erwiesen.

4. Als ein Verstoß gegen den Vergleich vom 24. Juni 1899 ist es nicht anzusehen, das Arbeitnehmer einen höheren Lohn, als den in den Vergleichsbedingungen festgelegten annehmen. Zu einem Einschreiten der Organisation der Arbeitnehmer hiergegen liegt keine Veranlassung vor.

5. Ein Verstoß eines vertragschließenden Teils gegen den Vergleich vom 24. Juni gibt dem andern Teil nur dann ein Recht zum Rücktritt von diesem Vergleich, wenn der verstößende Teil nach Untersuchung durch die Richter-Kommission und Anrufung des Einigungsamtes nicht alles in seiner Macht stehende veranlaßt, um den der endgültigen Entscheidung entsprechenden Zustand herbeizuführen.

Zu der vom Vorsitzenden v. Schulz verlesenen Begründung des Schiedspruchs heißt es unter anderem: Die streitenden Parteien seien darüber einig, ob sich der Vergleich vom 24. Juni auch auf die Nichtmitglieder des Arbeitgeberbundes erstreckt. Das Einigungsamt sei der Ansicht, daß der Vergleich die Arbeitsverhältnisse im gesamten Maurergewerbe regelt und sowohl für die Mitglieder des Arbeitgeberbundes wie auch für die außerhalb des Bundes stehenden Arbeitergeber bindend ist. Bei dieser Auslegung der Tragweite des

Vergleichs ergibt sich, daß die Organisationen der Arbeiter nicht beauftragt waren, die Sperre zu verhängen, ohne vorher sich an die Richter-Kommission und das Einigungsamt zu wenden. Ein absichtlicher Verstoß gegen den Vergleich kann den Arbeitern nicht zum Vorwurf gemacht werden, da sie sowohl wie die Arbeitgeber sich über die Tragweite des Vertrages nicht klar waren. Von einem Vertragsbruch kann um so weniger die Rede sein, als die Richter-Kommission, nachdem der Fall in der Geschäftsstelle gemeldet, keinen Anlaß zum Einschreiten gefunden hat. Das Einigungsamt ist der Ansicht, daß die Richter-Kommission die Entlassung der 6 Maurer nicht hätte billigen können, weil dieselben nach dem Zugeständnis des Herrn Karchow im Sinne der Durchführung des Vertrages thätig gewesen und deshalb von ihm entlassen worden sind. Die Aufnahme Karchow's in den Bund hätte nicht stattfinden sollen, während die Differenzen zwischen ihm und seinen Arbeitern bestanden. Jedenfalls hätte sich der Bund während des Ausstandes jeder Intervention zu Gunsten dieses seines neuen Mitgliedes enthalten sollen.

Der Prozeß Gehlsen.

Die Verhandlungen gegen den Schriftsteller Joachim Gehlsen begannen gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II und sollen drei Tage in Anspruch nehmen.

Die Sitzung, die im kleinen Schwurgerichtssaale stattfindet, wird um 9 1/2 Uhr durch den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Werschheim, eröffnet. Die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Schäffer. In dem ersten Teile der Anklage, welcher die Beleidigung des Magistrats und des Stadtschreibers Kuhlows betrifft, wird Gehlsen von den Rechtsanwälten Dr. Werthauer und Dr. Löwenstein verteidigt, in dem zweiten schwerer wiegenden Teile, betreffend verurteilte und vollendete Erpressung, sowie verurteilter Betrug, tritt Rechtsanwalt Pöhlke noch als dritter Verteidiger ein.

Die Beleidigung des Charlottenburger Magistrats.

Zunächst handelt es sich um Beleidigung durch die Presse. Es treten die Angeklagten, der Magistrat zu Charlottenburg, vertreten durch den Bürgermeister Matting, sowie der Stadtschreiber Kuhlows als Nebenkläger auf. Auch diese Anklage zerfällt in mehrere Teile. In dem ersten zur Verhandlung gelangenden Teile hat der Kaufmann Salting Fischer neben Gehlsen auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Er wird vom Rechtsanwalt Bronser verteidigt. Gehlsen gibt bei seiner Vernehmung an, daß er 1841 zu Tönning in Schleswig geboren sei. Erst vor Jahren mehrfach wegen Beleidigung durch die Presse mit Geldstrafen belegt, dann aber auch durch Urteil des Kammergerichts vom 2. November 1877 wegen Bismarck-Beleidigung und Beleidigung des Stadtschreibers Reich zu einer Gesamtstrafe von 4 Jahren 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Es handelte sich damals um Angriffe in der von Gehlsen herausgegebenen „Reichsglocke“. Gehlsen entzog sich der Strafverbüßung dadurch, daß er nach London reiste. Durch die Amnestie gelegentlich der Thronbesteigung Kaiser Friedrichs wurde ihm der Weg wieder offen. Er kehrte aber erst im Jahre 1895 nach hier zurück und ließ sich in Charlottenburg nieder, wo er die „Charlottenburger Stadtlaterne“ und das „Charlottenburger Wochenblatt“ herausgab. In dem letzteren Blatt befand sich am 11. Februar d. J. unter der Ueberschrift „Verfänglich“ ein Artikel etwa folgenden Inhalts: Der Agent Salting Fischer, der als Vermittlungsgehilfe für ein vom Charlottenburger Magistrat angekauft Grundstück von der Stadt eine Summe von 575 M. zu fordern hatte, sei in das Bureau des Stadtschreibers Briefmeister gekommen und habe um die Unterschrift gebeten, damit er das Geld abheben könne. Briefmeister habe wegen der vorgerückten Tageszeit Bedenken geäußert, worauf Fischer in nicht mißzuverstehender Weise in die Tasche gegriffen habe. Briefmeister habe eine abwehrende Bewegung gemacht und gesagt, es bedürfe einer solchen Rücksicht nicht, er thue das Mögliche ohne hin. Darauf habe Fischer gesagt: Magistratssekretär Kuhlows versteht es anders. Zwei Tage später sei Fischer wieder im Bureau erschienen und habe bei dieser Gelegenheit wiederum zu Briefmeister eine Aeusserung gethan, woraus hervorging, daß Kuhlows bestechlich sei. Der Artikel schloß mit der Bemerkung: Wir können Herrn Kuhlows noch auf weitere Dinge aufmerksam machen, die „anders“ sind, als sie sein sollten.

Der Angeklagte Fischer

erklärte, daß er seines Wissens niemals eine den Magistratssekretär Kuhlows verdächtigende Bemerkung gethan, auch keine Veranlassung dazu gehabt habe. Gehlsen sehe er jetzt zum erstenmal, er wisse nicht, wie dieser zur Kenntnis der Sache gelangt sei. Nachdem wegen des Artikels Strafantrag gestellt worden war, erschien im „Charlottenburger Wochenblatt“ ein weiterer Artikel, ebenfalls mit der Ueberschrift „Verfänglich“. Gehlsen hielt sich darin darüber auf, daß er wegen des früheren Artikels zur Verantwortung gezogen werden solle. Mit Bezug auf den Oberbürgermeister Schustehrus äußerte Gehlsen sich folgendermaßen:

Wir lieben bei Beamten eine gewisse Schneidigkeit, ob diese aber bei neuen Bürgermeistern, welche in ihrem Aemte kaum warm geworden sind, Bürgern gegenüber angebracht ist, welche sich gegen die eingerissenen korrupten kommunalen Zustände wehren, darüber nachzudenken, wollen wir Herrn Schustehrus vorläufig selbst überlassen.

Am 20. Mai d. J. erschien in der „Charlottenburger Stadtlaterne“ ein Artikel, worin das Strafverfahren gegen den zweiten früheren Bürgermeister zu Delligh erörtert wurde. Es wurde hervorgehoben, daß Urkundenfälschung und Betrug zur Sprache gekommen seien und hieran folgende Bemerkung geknüpft: Der Oberbürgermeister von Charlottenburg befoldet zwar strengt die braven Kollegen in der Verwaltung und im Ehrenamt, indessen thut er nicht wohl, darauf zu bestehen, daß alle Beamte integer und in ihrer Stellung unentbehrlich seien. Es gibt Leute, welche gar kein Recht haben, sich beleidigt zu fühlen, wenn man sie korrupter Praxis beschuldigt.

Der Angeklagte Gehlsen blieb dabei, daß er sich im guten Glauben befinden habe und den Beweis der Wahrheit antreten wolle. Er wiederholte, daß seine Verteidigung dadurch erschwert werde, daß ihm nicht alle seine beschlagnahmten Papiere wieder ausgehändigt worden seien. Die Veranlassung seiner Angriffe gegen Kuhlows sei gewesen, daß ihm viele städtische Beamte mündliche und schriftliche Mitteilungen von groben Unregelmäßigkeiten und Ueberschüssen gemacht hätten, die Kuhlows zu eigenmächtigen Zwecken sich habe zu Schulden kommen lassen. Rechtsanwalt Dr. Werthauer beantragte die Ladung einer ganzen Reihe Zeugen, welche nach dieser Richtung wichtige Thatfachen bekunden könnten. Der Gerichtshof beschloß, vorläufig die geladenen Zeugen zu vernehmen. Der Zeuge Briefmeister befandete, daß der erste beanstandete Artikel, mit dessen Veröffentlichung er übrigens nichts zu thun habe, das Gespräch genau so wiedergebe, wie es gelangt habe.

Der Nebenverdienst des Stadtschreibers.

Die Beweisaufnahme ergab, daß Kuhlows in zwei Fällen je ein Grundstücksgeschäft vermittelt und hierfür eine Vermittlungsgelöb von 700 M. eingeholt hatte. Direktor Eichmann bekundet, daß er wiederholt den Stadtschreiber Kuhlows bei Grundstückskäufen um Rat gefragt habe, aber niemals habe derselbe ihn auf Grundstückskäufe aufmerksam gemacht, welche sich für städtische Zwecke eigneten. Kuhlows habe ihn aber mehrfach auf andere Privatgrundstücke aufmerksam gemacht, welche veräußert seien. Wenn der Zeuge einen solchen Kauf für die Firma Ende u. Böckmann, deren Vertreter er damals war, zum Abschluß gebracht hätte, so habe Kuhlows eine Entschädigung, wahrscheinlich 1 Proz., erhalten.

Stadtschreiber Kuhlows räumt ein, daß er mehrfach Gelegenheit hatte, Grundstückverkäufe abzuschließen. In dem einen Falle habe der Angeklagte seine Mittätigkeit zur Abwicklung eines Kaufgeschäfts angeboten, der Zeuge habe dies aber abgelehnt.

Die Frage des Vorsitzenden, ob der Zeuge die Erlaubnis von seiner vorgelegten Behörde nachgefragt habe, derartige Nebenbeschäftigung zu betreiben, beantwortet der Zeuge verneinend, da es sich nur um zwei Geschäfte gehandelt habe, die er mit Privatpersonen abgeschlossen habe. Auf weiteres Vorhalten räumt der Zeuge ein, daß es sich um mehrere Geschäfte gehandelt habe, die sich indessen nur auf zwei Kontrahenten beschränkten. Wegen die weiter vom Vorsitzenden an den Zeugen Kuhlows gerichtete Frage, ob er, wie Gehlsen heute behauptet, sich auch der Unterklage schuldig gemacht habe, erhebt der Staatsanwalt Einspruch, da durch ein allseitiges Vergehen eines einzelnen Beamten der Vorwurf, daß korrupte Zustände bei der Charlottenburger Stadtwaltung eingerissen seien, sich nimmermehr rechtfertigen lasse. Da Bürgermeister Matting erklärt, daß ihm selbst daran liege, völlige Aufrichtung zu erzielen, wird der weitere Beweis für die von Gehlsen aufgestellten Behauptungen für zulässig erachtet. Der Zeuge verneint unter seinem Eid, daß er Porto- und Servicegelder untergeschlagen habe. Auf weiteres Vorfragen giebt der Zeuge Kuhlows zu, daß er insgesamt durch seine Vermittlungsgeschäfte 15- bis 20000 Mark verdient habe.

Bürgermeister Matting.

als Zeuge vernommen, erklärt: Es wäre der städtischen Verwaltung sicher lieber gewesen, wenn Kuhlows solche Grundstückvermittlungen nicht gemacht hätte. Der Magistrat habe jezt genauere Angaben über den Umfang dieser Geschäfte erlangt; er habe über das, was Kuhlows in dieser Beziehung bisher mitgeteilt hat, nur sein Bedauern ausdrücken, aber ein disciplinarius zu ahnden. Dienstvergehen nicht feststellen können. Jezt seien ihm solche Geschäfte ausdrücklich verboten worden, früher habe ein solches Verbot nicht bestanden. Bestimmte Nachrichten über diese Geschäfte Kuhlows habe der Magistrat nicht gehabt, man habe nur hin und wieder davon gehört, es ihm zu unterlagen, wäre Sache des verstorbenen Oberbürgermeisters Fritsche gewesen. Daß solche Geschäfte in solchem Umfang gemacht worden, habe man nicht gewußt. Vor Jahren habe der Oberbürgermeister Fritsche dem Zeugen ein geheimes Attest ausgestellt, inhaltlich dessen dem Stadtschreiber Kuhlows

Unregelmäßigkeiten bei der Servisberechnung

nachgewiesen worden seien. Der Zeuge Kuhlows erklärt, daß dies nicht auf Unterschlagungen seinerseits, sondern auf eine mangelhafte Organisation zurückzuführen sei. Es komme häufig vor, daß Leute, welche mit Einquartierung beauftragt wurden, sich die Post abzulassen wollten. Er habe dies für sie besorgt, indem er die Soldaten anderweitig untergebracht habe. Es sei hierzu ein Zuschuß zu den staatlich gewährten Verpflegungsgeldern notwendig gewesen und diesen habe er mit den Anweisungen, die in den häufigsten Fällen nicht zur Abhebung gelangt seien, verrechnet, wobei wohl manchmal ein kleiner Ueberschuß für ihn verblieben sei, den er als Entgelt für seine Mühewaltung angesehen habe.

Zeuge Kaufmann Sinsheimer, der viel Grundstücksgeschäfte gemacht hat, soll nach der Behauptung des Angeklagten Gehlsen einmal zu einem Dritten die Vermertung gemacht haben: Jezt hat Kuhlows 6000 Mark weg und ist doch unzufrieden. Die Vermertung soll einem Kirchenbeamten Paul gegenüber gemacht worden sein. Der Zeuge bestreitet dies unbedingt.

Gehlsener hat Ende bekundet, daß er selbst keinerlei Anklagen über die Unterhandlungen bezüglich der Grundstückskäufe geäußert hätte. Er sowohl wie der Zeuge Dauter Böckmann kennen Kuhlows gar nicht. — Grundstücksmakler Pöhlke, der nach seiner Angabe viel für die Stadt Charlottenburg zu kaufen hat, sagt aus, daß er mit Kuhlows zusammen mehrmals Privat-Grundstückskäufe vermittelt und mit ihm die Provision geteilt habe. Grundstückskäufe, auf die die Stadt respektierte, seien nicht dabei gewesen; bei seinen Geschäften mit der Stadt habe er Herrn Kuhlows nie beobachtet. — Zeuge Kaufmann Ruhn, der gleichfalls Terrainsgeschäfte macht, erklärt, daß er mit Mitgliedern der hiesigen Ananos, Herrn Robert Warshawer und Kommerzienrat Oppenheim, in geschäftlicher Verbindung gestanden hat. Als es sich darum handelte, daß diese Herren die ihnen gehörigen Grundstückskäufe durch Ankäufe von Nachbargrundstücken zu arrondieren, habe er den Herren gesagt, daß es besser sei, die Vermittlung Herrn Kuhlows, als unbeteiligten Dritten zu übertragen, da er selbst in Charlottenburg zu bekannt sei. Herr Kuhlows giebt zu, daß er für diese beiden Vermittlungen 1200 und 2000 M. Provision erhalten habe. — Der nächste Zeuge, Druckereibesitzer Kuhn aus Potsdam, stellt die Druckkosten für die Stadt Charlottenburg her. Der Angeklagte Gehlsen behauptet, daß der Zeuge für die Zubereitung dieser Druckarbeiten dem Stadtschreiber Kuhlows zuwendungen gemacht habe. Zeuge bestreitet dies entschieden. Er habe dem K. weder direkt noch indirekt Zuwendungen gemacht.

Rechtsanwalt Gula als Vertreter des Nebenklägers Kuhlows behauptet, daß in der Servisberechnung der verstorbenen Oberbürgermeister Fritsche die Sache völlig angeordnet habe und diese Anführung nichts Strafbares gegen Herrn Kuhlows ergeben habe. Er giebt anheim, nach dieser Richtung hin weitere Beweise zu erheben; der Vorsitzende bemerkt jedoch, daß bezüglich der Persönlichkeit des Herrn Kuhlows der Gerichtshof weitere Beweise nicht nötig habe. (Hierauf tritt eine Pause bis 9 1/2 Uhr ein.)

(Schluß in der 2. Beilage.)

Geriichts-Beitrag.

Die empörende Mißhandlung eines Dienstmädchens, zu der sich der Kaufmann Richard Frank hat hinreißend lassen, unterlag gestern wiederum der Prüfung des hiesigen Schöffengerichts. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Thatbestand: Der Angeklagte Frank war Anfang Juli mit seiner Frau nach Marienbad gereist und hatte seine Wohnung — entgegen dem Wunsche seiner Frau — der Obhut seines Dienstmädchens, der 21-jährigen Johanna Lissat, die seit einem Jahr in Berlin ist, überlassen. Er hatte volles Vertrauen zu dem Mädchen. Nachdem er einige Zeit in Marienbad war, bekam er Karten und anonyme Briefe, woraus das Mädchen in der Wohnung Herrenbesuche empfing, sich Rendezvous gebe, wobei sie sich angeblich als Anna Frank ausgab etc. Diese Nachrichten brachten den Angeklagten und seine Frau in die höchste Erregung. Er reiste nach Berlin und machte seinem Dienstmädchenbestige Vorwürfe. Das Mädchen gab einige Ungehörigkeiten sofort zu, bat um Entschuldigung, daß sie zwei alte Hemden ihrer Dienstherrin, eine seidene Hufe und eine Perlmutterkette getragen, wiederholt eine Freundin des Nachts bei sich herüberberge und auch in dem Bette der Gouvernante bezw. des Kindes des Angeklagten geschlafen habe, aber er gab die Beweisaufnahme nicht, so daß die dem Angeklagten überbrachten Mitteilungen von den Hausbewohnern fast aufgebaut erschienen. Etwas zwei Stunden nach seiner Ankunft ging der Angeklagte nochmals in das Zimmer der Lissat, ließ die Jalousie halb herunter, verschloß die Thür und nahm das Mädchen nochmals ins Gebet. Er wollte wissen, ob sie etwa noch Wäsche seiner Frau auf dem Leibe trüge. Sie verneinte es, öffnete ihre Taille und zeigte dem Angeklagten, daß ihr Hemd nicht das Monogram seiner Frau trug. Der Angeklagte soll sie dann zunächst ans Bett gefaßt und befragt haben, ob sie denn nicht einsehe, daß sie unrecht habe; sie bejahte es, worauf der Angeklagte sie fragte, ob er sie mit dem „grünen Wagen“ weghringen lassen oder lieber durchprügeln solle. Das Mädchen in seiner Angst erklärte, daß er sie dann lieber hauen solle und dann ereignete sich der schmachvolle Vorgang;

Kösliner Hof, Köslinerstrasse No. 8.

Montag, den 25. Dezember (1. Weihnachts-Feiertag):

MATINEE

veranstaltet von den
Socialdemokraten von Wedding und Oranienburger Vorstadt
 unter Mitwirkung der Gesangsvereine
Nordwacht und Weddinger Harmonie (Direktion: A. Blobel)
 (Mitgl. des Arb. V. B.)
 Gesangs-Aufführungen. — Solo-Vorträge.
 Sither-Ensembles. — Quartett und Terzette. — Vorträge von Glas, Euphonisten.
 Anfang präcise 12 Uhr. 221/1 Billet 25 Pf.

Lichtenberg.

Friedrichsberg.

Dienstag, 19. Dez., abds. 8 1/2 Uhr, in Müllers Lokal, Frankfurter Chaussee 86 (Kronprinzen-Garten):

Volks-Versammlung.

Tagesordnung: **Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.**
 Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 Die zum Dienstag angeordnete Wahlvereins-Versammlung fällt aus.
 Um zahlreichem Besuch bittet
 Der Vertrauensmann.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost)

Dienstag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr:
Versammlung
 im Saale des Herrn Graumann, Rannuhstraße 27.
 Tages-Ordnung:
 1. „Aus dem Mietrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches.“ Referent: Genosse Rechtsanwalt Victor Fränkl. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 244/1
 Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! **Achtung!**
Parfettbodenleger.
 Mittwoch, den 20. d., abends 8 Uhr, bei Hahn, Kirchstr. 27 (Spreckhöfen):
Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten.
 Es ist erforderlich, dass jede Firma vertreten ist, da zur Frage: „Korn- oder Korbarbeit“, Stellung genommen und die nächste Besammlung festgesetzt werden soll. 242/13
 Die Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Jahrliche Mitgliederversammlung.
 Mittwoch, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Stusche. 2. Bericht der Kommission betreffend Anträge zum Statut. 3. Wahl der Delegierten zum Statut.
 Die Vertrauensmänner-Sitzung am letzten Dienstag dieses Monats fällt des zweiten Weihnacht-Feiertags wegen aus.
 279/20 Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband.

Dienstag, den 26. Dezember (2. Weihnachts-Feiertag):
Grosse Wohlthätigkeits-Matinee
 im „Konzerthaus Sanssouci“, Kottbuserstr. 4a
 arrangiert von den
Gold- und Silberarbeitern und verw. Berufsgenossen
 zum Besten hilfsbedürftiger Kollegen.
 Zutreten der beliebigen
„Hoffmannschen Norddeutschen Sänger“
 in ihren Glanznummern.
 Zum Schluss: **Rekruten-Aushebung.**
 Neues Ensemble.
Anfang 12 Uhr.
 Programm-Billetts a 50 Pf. sind bei Finkenz, Markstr. 51; Holtkamp, Büchsenstr. 20; Becker, Dresdenstr. 18; Lohse, Faltergerstr. 10 sowie im Bureau, Kottbuserstr. 39, zu haben.
 14205 Das Komitee.

Achtung! Zimmerer! Achtung!

Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
 Central-Verwaltung Berlin.
 Mittwoch, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Victoria-Salon.
 W o a b i t, Perlebergstr. 14:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung: Wahl eines Kassiers für den vierten Bezirk.
 Mitgliedsbuch legitimiert. 259/12 Der Vorstand.

Bahnärztliche Poliklinik für unermittelte.

30340*
 Sprechstunde von 8 1/2—9 1/2 und 12 1/2—1 1/2 Uhr.
Chiellin, Elisabethstraße 24.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Nienjars-Cigarrenspitzen

in großer Auswahl, Duzend von 40 Pf. an, auch socialistische mit Portrait von Kasse, Marx, sowie jede Drehschleimare. **B. Gänzel, Lothringergstr. 52.**

Schul-Tornister

Kindstlederne (ohne Pappe) 5.50 Mk. pro Stück.
 Notenmappen, Kollegmappen, Frühst.-Taschen etc.
C. A. Flemming, Benthstr. 11. Spittelmarkt. 32123*
 Gegr. 1828.

Berliner Leihhaus!

Uhrenhandlung. 41, Andreasstr. 41. Uhrenhandlung.
) Gedönet von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends. 24100

Lauscha.

Die Genossen aus Lauscha verkaufen
Glas-Christbaumzweige,
 das Pöckchen unter Nachnahme franco für 5 M., enthaltend nur geborene, fein verarbeitete und demalste Kerzen, und Reiter-Perlen-Kugeln. Eier, Glöckchen, Baumspitzen und Früchte aller Art usw. Als Beilage eine Feinsein-Cigarrenspitze aus Glas mit der eingebraunten Photographie von Bedel oder Liebste. Für völlige Zufriedenheit des Käufers wird garantiert. Man schreibe an
Guido Müller jun.
 31352* Lauscha i. Th.
 Verkaufsstellen für Berlin:
 Fritz Zubeil, Reichenberger-Str. 182 & r. l.
 Konsumverein Berlin-Nord, Sinesplatz 1.

Konrad Friese

Müllerstr. 4
 am Wedding.
 Großes Lager in
 Uhren, Uhretetten, Gold- und Silberwaren,
 Optische Artikel, Brillen, Thermometer, Theatergläser, Musikwerke, Spielzeuge, Tausende von Stücken spielend, von M. 6.— an. 31619*

Blusen-Fabrik

für alle Gewerke.
Blaue Jacken, grade, schräge, m. Umlegekrag, mit Zug usw., von 1,25 bis 3,00.
Blaue Hosen von 1,20 bis 3,00.
Kittel f. Maler, Mechaniker u. ähnl. Berufe von 1,75 bis 2,75.
Arbeitsblusen blau u. gestreift kleine v. 0,90-1,35, grosse v. 1,00-2,00.
 Alle andere Arbeitsbekleidung zu billigsten Preisen.
Louis Rosenthal,
 C., Alexanderstrasse 63, schrägüber d. Franzlauerstrasse.

Möbelstoffe!!

auch Neie! alle Qualitäten auf fallend billig.
 Gelegenheitskauf! Moquet-Pflische, 130 Ctm. breit, v. 12 M. 35 Pf. Muster b. näherer Angabe franco.
Emil Lafèvre Berlin S., Oranienstr. 158.

Warum sind die Zähne so teuer?

Besonders durch das Abzahlungsweisen. Reisende müssen von Hand zu Hand gehen und die Leute zur Behandlung von Zähnen überreden. Für jeden Kunden erhält der Reisende ca. 10 M. Provision. Ferner bekommt der Kassierer 10 Prozent der einfließenden Gelder. 31909*
Wer muß dies alles bezahlen? Doch nur der Patient!
 Damit auch der Unbemittelte etwas für seine Zähne thun kann, bereichere ich: Plomben 1 M., schmerzloses Zahnziehen 1 M., Reparatur 2 M., Zähne 1,50 Mark.
 Die besten Kosten dem Zahnarzt nur ca. 50 Pf., u. zahle 100 M. Belohnung, wer nachweist, daß die Zähne, für die andere 3, 4 u. noch mehr Mark zahlen, besser sind.
E. Fuhrmann, jetzt Saganer-Allee 75, 1. Sprechst. 9-7 Uhr, Sonnt. 9-2 Uhr.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufshilfe. 31889*
R. Wagner, Wallstraße 29, 9-2,5-9, St. 9-3

Jeder Mann muss seiner Frau

eine gute **Wring- und Waschmaschine** anschaffen, welche die besten Wäscheschoner sind und die nur von mir allein echt zu beziehen sind. Durch den großen Umsatz mit dem kleinsten Nutzen werden diese nach allen Weltgegenden versandt.
 Meine neue **Waschmaschine** hat so viel Kuscheln erregt, wie keine andere Maschine der Welt. Meine Maschine wäscht in 3 Stunden so viel, wie eine Frau in einem Tage mit der Hand waschen würde. 32700*



A. Prasser, Berlin NO., Kaiserstrasse 44, Maschinenfabrik.

Gegründet 1866.

C. Jägermann Nachf. BERLIN W., Friedrichstraße 77,
 Nähe Jägerstraße, empfiehlt (32972*)
 mit reeller Garantie für drei Jahre:
 Beste Deutsche Weckeruhren, 2,90
 Karle H. A. U. m. Kuckergang 2,90
 Nickel-Gehäuse-Herrenuhr, 9,00
 gutes Schweizer Fabrikat da. bestes, Karle Diodone, 12,00
 Silb. do. m. Goldr., 6 Steine 15,00
 da. Anker, 15 Steine 30,00
 Stahl-Damenuhren 9-25
 Goldene Damenuhren 25,00
 da. Ia. massiv 14karat Gold, Karle Gehäuse, 10 Steine 36,00
 14karat goldene Herrenuhren in sehr starken Gehäusen, 15 Rubis, Ankerwerk 60-150
 da. Soken Goldhülle 60-300
Glasblätter Uhren
 von **A. Lange & Söhne.**
 Regulateure in hundert verschiedenen Mählern 15-35 Mk.
 Preisliste gratis und franco. Versand nach außerhalb. — Auswahlsondungen bei Aufgabe von Referenzen.

Naturheilverfahren.

Ich heile
 ohne Berufshilfe alle Männer- und Frauenleiden, ebenso Nieren- und Blasenleiden. Naturgemäße Behandlung.
Fr. C. Henke,
 Rathenowerstr. 49, 1. Ecke Perlebergstrasse.
 Sprechstunden 9-2, 5-9, Sonntag 9-2. Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

Berliner Schürzen-Fabrik

Kaiser Wilhelmstr. 27 (Laden)
 verkauft Reife-Küchen-Schürzen
 für Damen und Kinder, Stück 15, 25, 30, 40, 50, 75 Pf., 1,00, 1,50 M., passend für Weihnachts-Geschenke.

Wer will

billige Weihnachtsgeschenke kaufen? Durch Einkauf v. großen Posten auf Auktionen und von Kontingentsmassen verkaufe ich hochelegante Winter-Paletots von 8 M. 50 Pf. an
 Hobenzollern- und Pelerinen-Mäntel von 5 M. 25 Pf. an
 Kaiser-Mäntel und Zoppen von 6 M. 75 Pf. an
 Hochfeine Rod- und Jackett-Anzüge von 12 M. 50 Pf. an
 Leder- und Arbeitschößen von 2 M. 25 Pf. an
 Barischen u. Knaben-Paletots, Anaben- und Barischen-Anzüge, Herren-Jacketts, Westen, Hosen und Röcke in allen Größen, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäpche, Gardinen, Tischdecken, Portieren, Teppiche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teichings, Harmonikas, Geigen, Zithern, Regalarure, Uhren, Ketten, Ringe, Kassetten, Goldschalen, Geldkränke usw.
 zu spottbilligen Preisen
Gustav Lucke, Gelegenheitskäufe, 32922*
 Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Weihnachts-Ausverkauf!

Puppenwagen } anherordnet
 Kinderwagen } lich billig!
 Sportwagen }
 Max Brinner, Fernseleerstr. 42.
 Filiale: Brunnenstraße 6. *

Erklärung.

Die von Zeit zu Zeit auftretenden Beschwerden über mangelhafte Leistung, Defektwerden der Glühkörper, geringere Brenndauer, Springen der Glühkörper und dergl. veranlassen uns, wiederholt darauf hinzuweisen, daß derartige Uebelstände in der Regel auf unsachgemäße Behandlung der Brenner, mangelhafte Regulierung des Gasdruckes und dergl. zurückzuführen sind. Alle eintretenden Uebelstände lassen sich dauernd und zuverlässig durch sachgemäße Instandhaltung beseitigen. Wir bitten daher, uns in allen Fällen die Beschwerden zu übermitteln, damit durch unser geschultes Personal deren Beseitigung sachgemäß erfolgen kann. Zugleich bringen wir unser Annehmen auf Instandhaltung in Erinnerung, die ein dauernd tadelloses Licht gewährleistet. Die ausführlichen Bedingungen senden wir auf Wunsch postfrei zu. *

Anerkennung

(Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft)
 Berlin C., Rottenmarkt 5.

Uhren und Goldwaren

in grösster Auswahl. Drahtringe 2 Tafeln 21 Mk. Silb. Herrenuhren v. 12 Mk. an. Edelstein- und Fennstrasse, Rätterstraße 175
Leweck, Uhrmacher, Goldschmied.

Sächsische Strumpf-Fabrik

Niederlage.
 Verkaufsstelle Rixdorf:
Georg Jonas, Bergstr. 49. Auf Wunsch Preisliste.

Jede Dame spart Geld.

Um zu räumen Damenmäntel bedeutend unter
 Eine Partie Jacketts verkauft, gestickt Seidenunter-
 Eine Partie Capes gestickt in Stoff, Krimmer, hochleg.
 Eine Partie Abendmäntel gestickt in Stoff u. w.
 Eine Partie Sadpaletots in all. Länge, Sei. fr. 20-45 M. Eine Partie
 im Engros-Lager
Landsbergerstr. 59 (alte Treppe) Max Mosozytz. Sonntag geöffnet
 Am Alexanderplatz bis 8 Uhr abends.

Aug. Stein Gold- u. Silberwaren

Berlin SO., 177 Oranienstraße 177, Ecke Adalbertstr.
Passende Weihnachtsgeschenke
 in nur guter Ausführung und jeder Preislage. Lange Damen-Uhretetten sowie Herren-Uhretetten massiv Gold und Doublet. Gelegentlich gestempelte Trauringe in jedem Gewicht und Feingehalt. 31489*

Möbel und Polsterwaren.

Großes Lager Webstoffe
 Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt
A. Schulz, Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *

Der Prozeß Gehlsen.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Schluß der Weisungsanfrage.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung stellt der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer noch eine ganze Anzahl Weisungsanträge, wodurch dargethan werden soll, daß der allgemeine Vorwurf der Korruption mit Bezug auf die Charlottenburger Stadtverwaltung gerechtfertigt sei. Staatsanwalt Schäffer beantragt, alle diese Weisungsanträge abzulehnen, denn es handle sich um eine Streitfrage allgemeiner Art, daß es eines Wahrheitsbeweises nicht bedürfte.

Bürgermeister Matting sucht alle neu aufgestellten Behauptungen zu entkräften bezw. zu widerlegen. Der Angeklagte Gehlsen erklärt, daß alle die Mißstände, die er jetzt beweisen wolle, schon jahrelang von ihm in seiner „Laternen“ besprochen und in abfälliger Weise beleuchtet worden seien, ohne daß der Charlottenburger Magistrat Veranlassung genommen habe, wegen Verleumdung gegen ihn vorzugehen. Alle diese Dinge zusammengefaßt, sollten ja gerade den Zustand der Korruption kennzeichnen. Der Gerichtshof lehnte sämtliche Anträge des Verteidigers Dr. Werthauer ab.

Staatsanwalt Schäffer

wandte sich in seinem Plaidoyer zunächst gegen den Angeklagten Fischer: Der Beweis dafür, daß Fischer gegenüber dem Bürgermeister den Stadtschreiber Kuhlows der Bestechlichkeit beschuldigt habe, müsse als erbracht, der dafür angetretene Wahrheitsbeweis dagegen als verfehlt angesehen werden. Bei der bisherigen Unbefugtheit Fischers beantrage er gegen denselben eine Geldstrafe von 75 M. Was den Angeklagten Gehlsen betreffe, so habe er die unwahre, beleidigende Behauptung über Kuhlows veröffentlicht. Allerdings sei ja erwiesen, daß Kuhlows in den letzten 10 Jahren 15—20 000 M. durch Grundstücksvermittlung verdient habe, aber es sei nicht erwiesen, daß derselbe mit seiner Amtspflicht in Widerspruch geraten sei. Bedauerlich sei es ja, daß Kuhlows sich überhaupt mit einer Nebenbeschäftigung befleißigt habe, er hätte auch den Schein vermeiden müssen, denn man sehe daraus, wie dadurch der Besetzung Thür und Thor geöffnet werde. Auch der kleine Nebenverdienst bei Einziehung der Serwisgebühren möge als nicht korrekt bezeichnet werden, als strafbar könne es aber nicht bezeichnet werden. Wenn Kuhlows sich schließlich mit Erfolg um eine Schulprekäre für einen seiner Söhne beworben habe, so müsse beachtet werden, daß derselbe sich zu damaliger Zeit nicht in so guter Vermögenslage befunden habe, wie jetzt. Auch die beiden anderen beanstandeten Artikel seien zweifellos schwer beleidigender Natur. Der Staatsanwalt beantragte gegen Gehlsen für alle drei Fälle der Verleumdung eine Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefängnis sowie Publikationsbefugnis für die Beteiligten.

Bürgermeister Matting

als Nebenkläger erklärte, daß es dem Magistrat von Charlottenburg nicht darauf ankomme, ob und wie hoch Gehlsen bestraft werde, sondern es solle nur durch den Prozeß Aufklärung über die Zustände in der Charlottenburger Stadtverwaltung geschaffen werden. Dies sei geschehen, und was auch gegen den Stadtschreiber Kuhlows vorgebracht worden sei, der Stadtverwaltung im allgemeinen könne ein Vorwurf nicht gemacht werden.

Die Verteidigung.

Rechtsanwalt Bronner, als Verteidiger des Angeklagten Fischer, suchte darzutun, daß immerhin die beanstandete Äußerung von Priesemister falsch verstanden worden sei. Werde diese Möglichkeit angenommen, so sei ein freisprechendes Urteil geboten.

Rechtsanwalt Werthauer, der erste Verteidiger Gehlsens, erklärte, daß ein Wahrheitsbeweis nicht gelingen könnte, wenn dem Angeklagten seine dahin gehenden Anträge abgelehnt würden. Gegen Herrn Kuhlows sei denn doch wahrlich zur Genüge erwiesen worden und dessen Verhalten, wie es seitens des Staatsanwalts geschildert sei, einfach als „Lackhaftigkeit und Unvorsichtigkeit“ zu bezeichnen, sei doch wohl nicht angängig und in seinem Innern sei Herr Kuhlows hierüber wohl selbst nicht einer so milden Auffassung. Der Verteidiger führte aus, daß die beiden letzten Artikel sich nicht gegen die gesamte Stadtverwaltung, sondern ebenfalls nur gegen Herrn Kuhlows richten sollen. Der Verteidiger meint nicht, daß Bürgermeister Matting Grund habe, so sehr mit dem Ergebnisse der Verhandlung zufrieden zu sein, wie er behauptet. Er schloß mit dem Antrage auf Freisprechung. Auch der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, plädierte ebenfalls auf Freisprechung.

Bürgermeister Matting

erklärt noch, daß es ihm ein Leichtes gewesen sein würde, alle Vorwürfe, welche in den neuen Anträgen der Verteidiger wider den Charlottenburger Magistrat erhoben würden (übermäßiger Gasverbrauch in den Bureaus, Gewährung einer Remuneration usw.) zu widerlegen, wenn der Beweis darüber erhoben worden wäre.

Gerichtsbeschluss.

Nachdem Gehlsen noch selbst eine längere Verteidigungsrede gehalten, zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Der Gerichtshof beschloß nach einstündiger Beratung, die Urteilsverurteilung bis heute, Dienstag, vormittags 9 1/2 Uhr, auszusetzen.

Kommunales.

Prüfung der Stadtverordneten-Wahlen. Aus dem Rathause wird berichtet: Die Prüfung der letzten Stadtverordneten-Wahlen ist von dem Wahlprüfungs-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung in voriger Woche vorgenommen worden. Proteste waren eingegangen gegen die Wahlen der Herren Ullstein, Wienstruck und Runge. Gegen die Gültigkeit der Wahl des Stadtv. Ullstein wurde eingewendet, daß die Feststellung des Wahlergebnisses des ersten Teiles der Wahlliste nicht durch Verlesung der abgegebenen Stimmzetteln, vielmehr dergestalt geschah, daß der Vorsitzende lediglich die von ihm ermittelten Stimmzetteln bekannt gegeben hat, daß ferner eine große Anzahl Wähler, etwa 40 bis 50, ohne genügende Legitimation versehen, zur Wahl zugelassen worden. Lediglich gegen Verlesung von Stimmzetteln, adressierten Briefumschlägen, sowie Fragzetteln, hätten diese Personen ihr Wahlrecht ausgeübt. Der Ausschuss hat diesen Protest einstimmig für unbegründet erklärt, da eine Verlesung der ermittelten Stimmen nicht vorgeschrieben sei. Ebenso wurde der Protest gegen die Wahl des Herrn Wienstruck verworfen; der Protest machte geltend, daß die Häuser Löwowstr. 53—57 in der Wählerliste fehlten. Dies stellte sich als richtig heraus, es wurde aber festgestellt, daß kein Wähler der betreffenden Abteilung in jenen Häusern wohnte. Einstimmig für ungültig erklärt wurde die Wahl des Herrn Runge, der, wie wir seiner Zeit mitteilten, noch nicht ein Jahr lang in Berlin wohnt. In längerem Diskussionen veranlaßte schließlich die Wahl des Gewerkschaftssekretärs Willara, der als Hausbesitzer gewählt worden ist. Ob die Wahl von Willara gültig ist, will der Ausschuss erst in einer zweiten Sitzung entscheiden.

Lokales.

Der Weihnachtsmarkt

steht bei den Berlinern in dem Auf, schlechtes Wetter zu bringen. Wenn der Weihnachtsmarkt anfängt, dann giebt's Matsch, das ist eine feststehende Meinung, gegen die weder Halb noch sonst ein Wetterkundiger etwas ausrichten kann. In diesem Jahre schien es einmal anders kommen zu sollen. Als die ersten Waden aufgeschlagen wurden, da begann ein Frostwetter, an dem selbst der unzufriedenste Weihnachtsmarkt-

Händler seine Freude haben mußte. Die starken Schneefälle, die sich gleichzeitig einstellten, konnten nur zur Erhöhung der Weihnachtsstimmung beitragen. Aber schließlich haben die Propheten, die auch dem diesjährigen Weihnachtsmarkt schlechtes Wetter in Aussicht stellten, doch noch recht behalten. Das Thauwetter, das auf die Schneefälle gefolgt ist, hat dem Weihnachtsmarkt nun doch noch seinen „Matsch“ gebracht und damit so manche schöne Hoffnung vernichtet.

Das ist um so bedauerlicher, da es jetzt ohnedies nicht mehr viel auf dem Weihnachtsmarkt zu verdienen giebt. Seit er von dem Schloßplatz und dem Lustgarten in die Außenbezirke verbannt wurde, ist es mit seiner Blüte vorbei. Jene Maßregel wurde, wie man sagt, aus Rücksicht auf den Verkehr getroffen, dem der Weihnachtsmarkt an seiner alten Stelle hinderlich gewesen sei. Die Rücksicht auf die Nähe des Schlosses dürfte aber dabei nicht weniger — und wahrscheinlich sogar noch mehr — maßgebend gewesen sein.

Auch die „fliegenden“ Händler mit Weihnachtsartikeln sind seitdem aus der Nähe des Schlosses verschwunden. Sie sind nicht alle dem Weihnachtsmarkt an die entlegenen Stätten gefolgt, die ihm in den Außenbezirken angewiesen wurden. Sie haben sich, wie es ja die einfache Art ihres Geschäftsbetriebes gestattet, mehr über die ganze Stadt zerstreut und bilden nun, wenn man so sagen darf, den „fliegenden“ Weihnachtsmarkt. So sieht man denn auch im Innern der Stadt, in den vom Verkehr mehr berührten Straßen, nach wie vor noch ganze Scharen von Händlern, für die das Weihnachtsgeschäft die letzte Hoffnung für den Winter bildet. Es versteht sich von selbst, daß auch die Kinder nicht unter diesen Händlern fehlen; so will es unsere herrliche Gesellschaftsordnung. Sie sind sogar in der Mehrzahl. Aber auch mancher kräftige Mann ist darunter, mancher Handwerker und Arbeiter, der eine angemessene Beschäftigung übernehmen würde, wenn er sie um diese Jahreszeit finden könnte.

Wenn man jetzt so des Abends durch die Straßen geht und sich den Weihnachtstrubel ansieht, dann fällt einem sofort dieses Eine auf: Diese Händler sind alle ganz außerordentlich verträglich! Sie bieten ihren Raum mit einem Humor aus und zeigen dabei eine Fröhlichkeit, als hätten sie niemals im Leben die Sorge gekannt. Und die anderen, die ihren festen Stand auf dem Weihnachtsmarkt haben, machen es vielfach ebenso. Wer sich recht von Herzen amüsieren will, der muß diesen Händlern zuschauen und zuhören; da kann er sich einmal ordentlich satt lachen — wenn er nämlich gedankenlos genug ist, den Schein für Wahrheit zu nehmen. Denn das meiste von dem fröhlichen Wit und der ausgelassenen Heiterkeit, die die Händler auf der Junge und dem Anstich tragen, ist wirklich weiter nichts als Schein. Wer ihnen hineinsehen könnte in das Herz, der würde bald merken, daß es bei manchem da drinnen ganz anders aussieht. Er würde erfahren über den Grimm, der diesen Mann hier packt, wenn er seine mit Schwärzen und Kalauern aller Art gewürzte Ansprache wieder heruntergeleiert hat, ohne daß er dadurch auch nur einen der ihn umgebenden Wasser zum Kauf veranlassen könnte, — über das Weh, das jene Frau da durchgibt, wenn sie ihre Ware zum hundertstenmal in derselben Minute mit wenigen beschreibenden Worten angepriesen hat und das Publikum einer nach dem anderen wie taub an ihr vorüberleitet.

Ach ja, wer unter so vielen gegeben und gehört werden will, der bedarf der stärksten Mittel, die nur je ein reklamekundiger Kopf zu erfinden vermag. Unvergessen wird dem Schreiber dieser Zeilen ein Auftritt sein, den er vor Jahren im Lustgarten erlebte, als dem Weihnachtsmarkt an dieser Stelle schon sein letztes Ständchen angefangen war. Hier stand eines Abends ein „fliegender“ Händler, ein Mann, dem man ansah, daß er sich schon im letzten Stadium der Schwindsucht befand. Er handelte mit Radauslöten. Ein prächtiges Instrument, die Radauslöte — so recht geschaffen für Leute, die einmal lustig sein wollen! Für einen Schwindsüchtigen paßt sie zwar nicht ganz, aber was hilft's? Auch ein Schwindsüchtiger will leben, so lange es noch geht. Und so blieb denn unser Mann, um Käufer anzulocken, aus Leibeskräften aus einer seiner Radauslöten, als mache ihm die Sache unendlichen Spaß. Aber die Leute gingen an ihm vorbei und kauften nicht. Als ich vor 10 Uhr zum zweitenmal durch den Lustgarten kam, stand der Mann noch da — oder nein! er stand nicht, sondern er sprang umher, wie ein ausgelassenes Kind, und drehte sich um sich selbst, wie ein Kreisel, und blies auf seiner Radauslöte, als sei er befehl. Aber nun standen die Leute um ihn herum, und sie bogen sich fast vor Lachen — und kauften. Und je mehr sie kauften, desto toller beharrte der Mann. Ein einziges Weizen blieb er erst und traurig bei dieser Scene, die jedem anderen so unsagbar komisch vorkommen mußte: eine Frau, die neben ihm stand mit einem Gefäß, als sei ihr das Weizen näher als das Lachen — feine Frau! Der Mann geberdete sich zuletzt wie ein Wildschiniger — da war er seine Ware los! Auseinander stoben die Lacher, und auch der Händler ging nach Hause. Aber wie ging er! Ich sah es; denn ich hatte denselben Weg und ging hinter ihm. Er kam mit einem Male vollständig zusammen. Geführt von seiner still weinenden Frau, unangenehm hustend und ächzend, so wankte der Radauslötenhändler seiner in einer Vorstadtstraße gelegenen Wohnung zu. Der Mann dürfte seinen zweiten Weihnachtsmarkt mehr erlebt haben!

Seit jenem Abend habe ich über lustige Radauslötenhändler und ähnliche Leute meine eigenen Gedanken.

Die Stadt baut eine Straßenbahnlinie. Dem Grundbesitzer-Verein „Nord-Ost“ ist, wie dessen Vorsitzender Rechtsanwalt Galland mitteilt, auf die Petition des Vereins wegen Ausführung der seit langer Zeit projektierten großen Ringbahnlinie von der städtischen Verkehrsdeputation ein Bescheid dahin zugegangen, daß die gewünschte Straßenbahn-Verbindung vom städtischen Viehhof nach dem Oranienburger Thor sich auch ohne Mitwirkung der Großen Berliner Straßenbahn herstellen läßt und vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindebehörden, welche in kurzer Zeit eingeholt werden soll, als eine städtische ausgebaut werden soll.

Gedekte Wandelhallen auf Schulhöfen. Das Schulhaus No. 100 in Anhalt. Die Höfe sind zum Teil, ungefähr bis zu einem Drittel, überdacht worden, damit die Kinder auch bei ungünstiger Witterung in den Pausen auf dem Hofe verweilen können. In Berlin fehlt man eine solche Einrichtung bisher weder bei den Gemeindeschulen, noch bei den höheren Lehranstalten. Die höheren Anstalten haben fast ausnahmslos wenigstens hinreichend breite Korridore und zum Teil auch noch geräumige Vorhallen, so daß hier den Schülern bei schlechtem Wetter gleichfalls eine Art Wandelhalle zur Verfügung steht. In den Gemeindeschulen dagegen sind die Korridore in der Regel weniger breit, aber die Klassen desto größer, so daß von einer allgemeinen Benutzung der Korridore als Wandelhallen hier nicht die Rede sein kann. Der Gedanke, einen Teil des Schulhofes durch Ueberdachung zu einer offenen Wandelhalle zu machen, wäre in Berlin beinahe einmal zur Ausführung gekommen. Für die Victoria-Schule, eine städtische höhere Mädchenschule, mit deren Bau 1865 begonnen wurde, war im ursprünglichen Bauplan eine solche Halle vorgesehen. Es mußte aber hinterher darauf verzichtet werden, weil das Terrain zu einem bald notwendig gewordenen Erweiterungsbau der Schule gebraucht wurde. Es versteht sich übrigens von selbst, daß die Errichtung von Wandelhallen eine gewisse Geräumigkeit der Schulhöfe zur Voraussetzung hat.

Wasserkalamität im Osten und Südosten. Eine unangenehme Ueberdeckung ist Sonntag einigen Bewohnern des Südostens und Ostens unserer Stadt zu teil geworden, und gar viele Familien sind dadurch um ihr Mittagessen oder ihren Nachmittagskaffee gekommen.

Seit Sonntagmittag schmedte das Leitungswasser in diesen Stadtteilen so abgesehen, daß es unmöglich war, es in gekochtem oder ungekochtem Zustande zu genießen. Ramentlich stark trat der eigenartige Geruch und Geschmack in den Wasserleitungen der Pringens- und Dresdenerstraße, des Louise-Wegs, der östlichen Ritter- und Reichenbergerstraße hervor, die sämtlich aus den städtischen Wasserwerken am Müggelsee gespeist werden. Zumeist hatte das Wasser einen farblosen oder salzsäurehaltigen Beigeschmack, und auf den Polizeirevier dieser Stadtteile liefen fortgesetzt Klagen ein. Leider war es nicht möglich, Abhilfe zu schaffen. Die Bureaus der Wasserwerke waren geschlossen, so daß Auskunft über den eigenartigen Vorgang nicht zu erlangen war.

Die totale Mondfinsternis in der Nacht zum Sonntag war der kalten Witterung wegen für Berlin gänzlich unsichtbar. Trotzdem waren Beobachtungslustige in Scharen zur Treptower Sternwarte gekommen, um dort ihr Nachtquartier aufzuschlagen. Die Erschienenen mußten aber bald wieder untröstlicher Sache heimgehen.

Eine ganze Anzahl von Bürgermeistern hat, wie die offizielle „Berl. Korresp.“ meldet, die landesherliche Bestätigung erhalten. So Oberbürgermeister Schäffer in Koblenz auf fernere zwölf Jahre, ebenso Bürgermeister Engel in Neustadt (Oberschl.), der von jetzt an den Titel „Oberbürgermeister“ führt, so der neugewählte Bürgermeister Dehler in Halberstadt, Bürgermeister Blum in Siegburg und Oberbürgermeister Hund in Ebersfeld. Der Name, den die Berliner suchen, ist nicht dabei. Uns kann es recht sein.

Die Coaksbrennerei der Gasanstalten sind in der letzten Zeit stark zusammengeschmolzen, weil die Steigerung der Feuerungspreise und der plötzliche Eintritt strengen Frostes mit einem Male einen bedeutenden Andrang von Käufern bewirkt haben. In Scharen kommen sie heran, Männer, Frauen und Kinder, mit Wagen aller Art, die großen Abnehmer mit Kohlen, Gemüse- und Möbelswagen, die kleinen mit Hunde- und Handwagen, die ganz kleinen mit Schiebelarren und Kinderwagen, mit Schlitten und Schleifen, ja selbst mit Wägelchen, die sonst als Kinderspielzeug dienen. Auf den Höfen der Gasanstalten herrscht ein Gewimmel, wie es hier seit Jahren nicht mehr gesehen wurde.

Ueberschwemmungen infolge des Frostes wurden vorgestern aus verschiedenen Stadtteilen gemeldet. An der Stadtbahn 6 neben dem Polizeipräsidium waren früh um 8 Uhr die Wohnungen im ersten bis zum dritten Stockwerk überflutet. Besonders dieses Stockwerk, wo die Wasserleitung gebrochen war, hat stark gelitten. Auch das Prinzessinnenpalais am Opernhausplatz wurde nachmittags um 5 Uhr überflutet.

Tapetierer-Zwangs-Zwang. Die Liste über die erfolgte Abstimmung, betreffend die Errichtung einer Zwangsummung für das Tapetierergewerbe im Bezirke der Stadtgemeinde Berlin, liegt bis zum 28. Dezember d. J. an den Wochentagen von 10 bis 12 Uhr in den Dienststunden der Gewerbe-Deputation des Magistrats, Stralauerstraße 3-6, Zimmer 35, zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten öffentlich aus.

Die 20. Unfallstation und zwar für den Stadtteil Gesundbrunnen ist am 17. d. Mts. Badstr. 67 auf dem Grundstück der Gregorischen Brauerei eröffnet worden. Die Station wird durch Herrn Dr. Ludwig Opet geleitet. Besondere Einrichtungen sind auch in dieser Station für die Aufnahme von bewußtlosen Personen vorgesehen worden.

Die Spreetunnel-Bahn und die Straßenbahn zum Schleißchen Bahnhof morgen programmgemäß für den öffentlichen Verkehr eröffnet. Nachdem schon 5 Uhr 37 Minuten der erste Wagen vom Depot in Stralau nach dem Schleißchen Bahnhof gefahren war, fuhr um 6 Uhr 12 Minuten der erste öffentliche Wagen von Stralau durch den Tunnel nach Treptow. Schon in den Morgenstunden war die Bahn das Ziel zahlreicher Reugieriger, die nach Treptow und zurück fahren. Eine Fahrt auf der neuen Bahn gehört um so mehr zu den Annehmlichkeiten, als alle Wagen gut geheizt sind. Zu erreichen ist die Linie am besten mit der Stadtbahn: der Endpunkt in Berlin befindet sich an der Südseite des Schleißchen Bahnhofs.

Die Eisenbahnstrecke Berlin-München soll fortan in 11 Stunden durchfahren werden. Bisher gebrauchte der Schnellzug 14 Stunden. Nimmehr wird der Oberbau der Strecke in Bayern derart verstärkt, daß er den vom Sommer nächsten Jahres ab fahrenden schwereren Zug tragen kann.

Mit dem „fibernen“ Sonntag sind die Berliner Geschäftsleute im allgemeinen zufrieden gewesen, wenn auch die von manchem erwartete Steigerung des Geschäfts gegenüber des „fibernen“ Sonntags vielfach nicht eingetreten ist. Das nasse, unfreundliche Wetter hielt doch viele Käufer zurück.

Von Tanz in den Tod gegangen ist in der Nacht zum Montag der 39 Jahre alte Gastwirt Karl Hauke, der Stammwirt der „Ziehbrüder“. Hauke betrieb seit 9 1/2 Jahren in der Simeon-Straße 3 eine Gastwirtschaft, in der besonders Arbeiter, die bei Umzügen thätig zu sein pflegen, viel verkehrten. Die Wirtschaft war daher auch als „Umzugsbörse“ bekannt. Sonntagabend besuchte Hauke einen Kollegen in der Nachbarschaft, war ganz heiter und erfreute sich am Tanze. Nachdem er um 11 1/4 Uhr nach Hause gekommen war, sah er noch ein Weitzen am Tische. Dann stand er plötzlich auf und ging hinaus. Als seine Frau sich bald darauf nichts ahnend nach ihm umjah, fand sie ihn in der Küche als Leiche wieder: er hatte sich erhängt. Ueber die Veranlassung zum Selbstmorde hat der Mann auch nicht eine Andeutung gemacht. Man vermutet jedoch, daß es geschäftliche Sorgen sind.

Der in Wien verhaftete Zwölfelenschwindler, Koch Georg Wolle aus Berlin ist, wie jetzt weiter bekannt wird, vor einiger Zeit aus der Jrenanstalt zu Herzberge bei Berlin entsprungen und hat sich dann sofort nach der österreichischen Hauptstadt begeben. Bei seiner Festnahme hatte Wolle weder Vermittel noch irgend welche Ausweisepapiere bei sich. Er wurde zunächst zur Beobachtung seines Geisteszustandes der psychiatrischen Klinik in Wien zugeführt.

In große Lebensgefahr geriet gestern Abend um 9 Uhr ein sechsjähriges Kind in der Forststr. 9. Das Kind war in Abwesenheit der Eltern aus einem Fenster des fünften Stockwerks gelleitert und hatte sich unbeachtet auf ein Fenstergerüst des vierten Stockwerks verflüchtigt. Das Kind konnte nicht rückwärts, als es von Hausbewohnern bemerkt wurde. Diese konnten das Kind nicht gleich aus seiner ählichen Lage befreien und benachrichtigten deshalb die Feuerwehr. Es kamen mehrere Sappeure, die das Kind mittels einer Jangleine befestigten und dann in ein Fenster hineinzo-gen.

Einen großen Aufruf versuchte gestern, Montagnachmittag um 4 1/4 Uhr ein Unfall am Rosenfelder Thor. Hier wurde der Hausdiener Anton Hoppe aus der Wulsdorfstr. 27, als er den Fahrdamm überfahren wollte, von einem Geschäftswagen überfahren. Entgegen den Versicherungen des Publikums kam er, wie sich auf der Rettungswache III in der Kasanien-Allee herausstellte, mit unglücklichen Verletzungen an der Stirn, am Halse und am Rücken davon.

Durch einen Fehltritt von der Vordachterle verunglückte gestern nachmittag die 74 Jahre alte Witwe Mathilde Kurzemann aus der Lottumstr. 14. Die Greisin zog sich eine schwere Verletzung des linken Beines zu und mußte die Hilfe der Rettungswache III in Anspruch nehmen.

Bei der Arbeit verunglückten gestern nachmittag der Tischler Martin Jozolowski aus der Griebelowstr. 1 und der Schriftfeger Jakob Steinfeld aus der Chorinerstraße 81. Jener schlug sich durch

einen Pfeil den Daumen der linken Hand fast ab, diesem fiel eine Eisenplatte auf die rechte Hand und zerhackte ihm drei Finger. Die Verwundungen erlitten auf der Rettungswache III die erste Hilfe.

Eine Gasexplosion erfolgte Montagnachmittag 4 Uhr in der Friedrichstr. 99 in der Küche des Restaurants „Rothburger Krug“. Hier war schon seit Sonnabend ein leichter Gasgeruch beobachtet worden, doch ließ sich nirgend eine schadhafte Stelle am Gasrohre auffinden. Arbeiter der Gasanstalt legten daher am Montag einen Teil des Hauptrohres frei, wobei schließlich ein Rohrfließ sich löste und Gas aus der dadurch entstandenen Oeffnung ausströmte. Dieses entzündete sich an dem Röhre, das ein Arbeiter in der Hand trug, und verursachte dadurch eine Explosion. Der Arbeiter wurde zur Seite geschleudert, kam aber mit geringen Verletzungen davon. Die alarmierte Feuerwehre fand nichts mehr zu thun, da der entstandene Flächenbrand bereits gedämpft war. — In der spanischen Poststraße, Regentenstraße 15, hatte die Rede und das Wischengebäl Feuer gefangen, das aber von der Wehr leicht beseitigt werden konnte. Wasserrohrbrüche verursachten Alarmierungen nach dem Prinzessinnenpalais hinter den Linden, nach Kopenstraße 15 und nach an der Stadtbahn Nr. 6. Montagnachmittag wurde Dragonerstraße 22 eine Bretterwand eingestürzt. Alte Jakobstraße 18/19 mußte in einer Feuererei ein kleiner Brand abgelöscht werden. Abends 6 Uhr ging Dresdenstr. 6 der Inhalt eines Schaufensters in Flammen auf. Loryingstr. 20 erlitt eine Frau bei einer Spiritusexplosion leichte Brandwunden. Im Circus Busch entstand Sonntagabend kurz vor 10 Uhr während der Vorstellung kurzschluß an einem transportablen Dekorationslandeleber durch Berühren einer Glühbirne. Die anwesende Feuerwache beseitigte die Gefahr vor den Augen des Publikums, das keinerlei Verunreinigung zeigte.

Im Circus Busch befinden sich jetzt drei Regerinnen, die mehr noch als durch ihre akrobatische Kunstfertigkeit durch ihre ethnographische Eigenart Interesse erwecken. Die drei getiegrigten Mädchen gehören dem hellfarbigen Regervolle der „Mangbatu“ an, welches von dem berühmten deutschen Afrikaforscher Professor Dr. Schweinfurth im Jahre 1869 im Centralen Aequatorial Afrika entdeckt wurde. Schweinfurth sagt von den Mangbatu, bemerkenswert ist neben ihrer schädigen Hautfarbe und dem hellen Haar ihr ausgeprägter Kannibalismus. Derselbe übertrifft den aller hiesigen Völker in Afrika. Menschenfleisch wird von ihnen über alles geschätzt. Das Fleisch der im Kampfe gefallenen Feinde wird mit Vorliebe gegessen. Bei solchen Mahlzeiten wird eine Mehlspeise als Beigabe gegessen und zahlreiche Quantitäten einer Art Bieres verzehrt. Die drei Mangbatu-Mädchen sind dem Menschenfleisch-Gewinn natürlich seit ihrer frühen Jugend völlig entfremdet. Ein Amerikaner kaufte sie im Kongoboden auf, brachte sie nach Amerika und bildete sie zu Akrobatinnen aus. Selbstmord berührt die Zeichnung der Haut, die ebenso wie die Haarfarbe braunschwarz und weiß ist. — Eine Reueit in der Dressurkunst bot der Schulleiter Wurmhardt Sonntag. Er führte ein Sensationsstück „Die nissische Trolka“ vor. Die schwierige Leistung gelang außerordentlich sicher. Hervorragende Reiterinnen sind die beiden Amerikaner Stad und Milton. In dem Ausstattungsstück „Die Camorra“ fielen einige neue Einlagen auf, welche den Glanz des Stüdes erhöhten.

Das Berliner Aquarium hat in den letzten Tagen einige sehr wertvolle Selteneiten und Neheiten erworben, die in erster Linie zur Ergänzung der Schlangensammlung dienen. Aus dem südlichen Nordamerika kommt ein Exemplar der Klapperschlange, welche eine Länge bis zu zwei Metern erreicht und nach einer am Ende des Schwanzes befindlichen und auch leicht zusammengeklappten, in einander stehenden Hornigen gebildeten Klappen den Namen führt. Die jetzt angelegte Art dieser gefährlichen Giftschlangen ist auf der Oberseite grau-braun und unregelmäßig orangebunt, also fast so farbenunt als die im Aquarium schon vor einiger Zeit eingetrossene Diamant-Klapperschlange. Die anderen drei Arten sind unglücklich.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg-Friedrichsdorf. Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet bei Müller, Frankfurter Chaussee 88, eine Volksversammlung statt. Näheres siehe Inserat.

Schmargendorf. Heute abend um 8 1/2 Uhr findet im Wirtshaus Schmargendorf die letzte diesjährige Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Tagesordnung: Punkt 1 unseres Programms.

Der Teltower Kreisrat trat gestern im Kreisbause in der Victoriastraße zu einer statt besuchten Sitzung zusammen, um zur Fregung des Teltowkanals Stellung zu nehmen. Der Kreisrat beschloß unterbreitete dem Kreisrat den Antrag, ihn zu ermächtigen, unter der Voraussetzung, daß die Stadt Teltow von den ihrer Verwaltung zum Kanalbau erforderlichen Grund und Boden ungeteilt an den Kreis abtritt, den Bau des Teltowkanals nach dem vorliegenden Entwurfe unter Zuziehung von Sachverständigen nach seiner Wahl in Selbstregie des Kreises zu bewirken, die Anerkennung der in der landespolizeilichen Genehmigung vom 31. Oktober 1899 gestellten Bedingungen zu erklären und den Kreis zur Erfüllung dieser Bedingungen zu verpflichten und die bei der landespolizeilichen Bestätigung der Kanalpläne und bei der Ausführung etwa noch geforderter Bedingungen der Landespolizeibehörde, soweit dieselben ohne wesentliche Kostensteigerung sich auf Veränderungen, Verbesserungen und Erweiterungen beziehen, namens des Kreises anzunehmen und den Kreis zur Erfüllung derselben zu verpflichten. Zur Ausführung des beantragten Beschlusses soll eine Anleihe in Höhe von 22 Millionen Mark aufgenommen werden, die je nach Zahl des Kreisankaufes mit 3/2 oder 4 Proz. verzinst und von 1910 ab getilgt werden soll. Es wird ferner beantragt, daß der Kreis auch den Betrieb und die künftige Unterhaltung des Kanals übernimmt. Die Kosten der Verzinsung und Tilgung des Kanalkapitals, der Verwaltung, der Unterhaltung und des Betriebes der Kanal-Unternehmung sollen, soweit sie nicht durch eigene Einnahmen des Kanals Deckung finden, in folgender Weise aufgebracht werden: sofern die durch Steuern aufzubringenden Kosten den Betrag von 600 000 M. nicht übersteigen, sollen die am Kanal am meisten interessierten 33 Gemeinden und Gutsbezirke im Wege der Vorausbelastung ein Drittel und der Gesamtkreis zwei Drittel, falls aber diese Kosten den Betrag von 600 000 M. übersteigen, sollen der Gesamtkreis zunächst 400 000 M. und die genannten Gemeinden und Gutsbezirke den Restbetrag aufbringen. Es handelt sich um den Bau einer großen Schiffahrtstraße von über 40 Kilometer Länge, die unter Umgehung der Stadt Berlin die Oberspreewäldchen in der Höhe von Grünau mit der Havel bei Glieneke vor Potsdam verbindet und gleichzeitig die Entwässerung der südlichen und südwestlichen Vororte Berlins sichern soll.

Charlottenburg. Bei der Wahl der Arbeitnehmer-Delegierten zur Allgemeinen Ortsklasse in Charlottenburg hat die Liste der vereinigten Gewerkschaften gesiegt.

Eine große Feuerbrunst wüthete Sonntag früh in Neu-Weihensee in der Zapetenfabrik von Ehrhard u. Co. Das Fabrikgrundstück besteht neben zwei Wohnhäusern in der Hauptfläche aus einem in der Viktorienstraße 31/33 belegenen, etwa 30 Meter langen 1/2stöckigen Vordergebäude und einem doppelt so tiefen Seitenflügel. Diese umfangreichen Fabrikräume sind (mit Ausnahme des Maschinen- und Kesselhauses) binnen weniger Stunden vollständig zerstört, wodurch ein ganz bedeutender Schaden verursacht wurde. Ueber 40 Personen sind für lange Zeit brotlos geworden. Das Feuer wurde zuerst in dem Materialsaal bemerkt. Da die Mitglieder der Ortswehr sehr zerstreut wohnen, so dauerte es über 1/2 Stunden, bevor die erste Löschhilfe eintraf. Auch die Feuerwehren von Friedrichsdorf und Lichtenberg trafen ein, doch war man nicht im Stande, den Flammen, die an dem großen Zapetenlager reichliche Nahrung fanden, Halt zu gebieten. Gegen 9 Uhr trafen zwei Berliner Dampftrihen am Brandorte ein. Die Berliner Wehr übernahm nun die alleinige Verantwortung. Allerdings sind die einmal vom Feuer ergriffenen Räume total ausgebrannt, doch scheinen die wertvollen Maschinen intakt geblieben zu sein.

Zum Radfahrerverkehr. In die Eingabe des Vorstandes des Bundes 20, Berlin, des Deutschen Radfahrer-Bundes, ist der amtliche Bescheid ergangen, daß das Verbot des Befahrens der Straße am Bahnhof Halensee aufgehoben ist.

Aus der Frauenbewegung.

Die Erhebungen über Frauenarbeit, die schon mehrfach erwähnt wurden, werden nach einer Mitteilung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Sachsen einfach durch Befragung der Unternehmer erledigt. Daß dabei nichts zum Beweise der Schädlichkeit der Frauenarbeit herauskommen wird, ist ziemlich gewiß.

Sociales.

Unfallstatistik für 1897. Nach der soeben erschienenen amtlichen Bearbeitung der Unfallstatistik für 1897 wurden bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften in diesem Jahre 252 382 Unfälle angemeldet, von denen 41 748 entschädigt wurden. Versichert waren 5 991 453 Personen. Für die gesamte Unfallversicherung wurden dagegen bei 6 558 024 Versicherten 45 071 Unfälle entschädigt.

Die Unfälle hatten nach dem Stande von Mitte 1898 zur Folge:

28 399 = 61,71 Proz. eine Erwerbsunfähigkeit unter 25 Proz.	von 25—50
8 009 = 17,42 „ „ „ „	50—75
2 581 = 5,51 „ „ „ „	75—100
2 188 = 4,76 „ „ „ „	den Tod
4 874 = 10,90 „ „ „ „	

Es ist wiederum festgestellt worden, daß sich, berechnet nach dreijährigen Zeiträumen, die meisten Unfälle in den Stunden von 9—12 Uhr vormittags und von 2—6 Uhr nachmittags ereigneten, das heißt zu einer Zeit, wo die Ermüdung der Arbeiter am größten ist. Das beweist auf neue, daß Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Verminderung der Unfälle zur Folge haben würde.

Das Deutsche Centralcomitee zur Errichtung von Lungenheilstätten hält seine Generalversammlung Mittwoch, den 10. Januar, im großen Saale des Reichstagspalais ab. Sie wird außer geschäftlichen Mitteilungen einen Vortrag des Landrats Dr. Liebrecht über die Bekämpfung der Tuberkulose auf Grund der bestehenden sozialpolitischen Gesetze in Deutschland entgegennehmen.

Lehrreiche Zahlen. Die westfälische Drahtindustrie in Hamm mußte im abgelaufenen Geschäftsjahre wegen Mangel an Rohmaterial eine Betriebs Einschränkung vornehmen, so daß der Gesamtumsatz gegen das vorhergegangene Jahr um 845 762 M. geringer war. Die Zahl der Arbeiter war gleichfalls vermindert, sie betrug 2277 gegen 2294 und der durchschnittliche Jahresverdienst des einzelnen Arbeiters fiel von 1039,65 M. auf 1005,35 M. Der Nettogewinn aber stieg von 656 022 M. oder 416 M. pro Kopf des Arbeiters auf 1 069 745 M. oder 465 M. pro Kopf des Arbeiters. Also verminderte Arbeiterzahl, vermindertes Arbeitslohn, erhöhter Gewinn.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den fünften Reichstags-Wahlkreis hielt Karl Liebknecht am Sonnabend einen Vortrag über das Thema: Flottenvorlage und Kapitalprolet. In eingehender Weise trug der Redner den Gründen, welche die Flottenschwärmer für die Vermehrung der Flotte anführen, entgegen und setzte überzeugend auseinander, daß die Vergrößerung unserer Marine in keiner Weise die Interessen der Arbeiterklasse fördere, daß es sich vielmehr um einen Trick der herrschenden Klassen handle, die, indem sie Begeisterung für ein größeres Deutschland, eine starke Flotte etc. entfachen, die Unzufriedenheit der Massen abzulenken beabsichtigen, und daß den an der Flottenbewegung interessierten Industriellen ein ungeheurer Profit erwachse, wodurch die Flottenbegünstigung in diesen Kreisen hinlänglich erklärt werde. Aus der Rede des Centralvorsitzenden Liebknecht sei zu entnehmen, daß das Centrum der Vorlage gegenüber eine sehr zweifelhafte Stellung einnehme und mit Rücksicht auf seine Wähler noch nicht wisse, wie es sich verhalten solle. Es sei jetzt notwendig, daß eine lebhafteste Agitation gegen die Flottenvorlage betrieben werde, damit dem Reichstage der Wille des Volkes, welches kein Interesse für die Flottenvermehrung hat, belohnt und die Annahme der Vorlage verhindert werde. — In der Diskussion betonte Genosse Richter die Ansicht, das Schicksal der Flottenvorlage sei entschieden; das Centrum könne der Vorlage zustimmen ohne Furcht vor einer entgegengesetzten Meinung seiner Wähler, denn in den Kleinstädten und auf dem Lande sei seit langer Zeit für Militär und Marine mit Erfolg Stimmung gemacht worden; das Centrum würde also in vollkommenster Uebereinstimmung mit seinen Wählern die Vorlage annehmen können. — Demgegenüber betonte der Referent, es müsse Aufgabe der Agitation sein, wenn wirklich eine flottenfeindliche Stimmung in manchen Volksteilen vorhanden wäre, das Volk darüber aufzuklären, welche Verwandnis es mit der Flottenbegünstigung habe.

Eine öffentliche Schlächtergehilfen-Versammlung tagte am Sonntag der Lohn, Weichstraße, in der der Reichstags-Abgeordnete G. Wurm über: „Der Arbeiterkampf und die Schlächterbetriebe“ referierte. An der Hand der vom Verband der Schlächtergehilfen aufgenommenen Statistiken wies der Referent nach, daß die Zustände im Schlächtergewerbe fast noch schlimmer als wie im Lederer- und Gerbergewerbe, mindestens aber ebenso schlimm wie in diesem sind. Es ist festgestellt worden, daß in vielen Schlächtereibetrieben eine Arbeitszeit bis zu 100 und 110 Stunden pro Woche betrage. Bei dieser außerordentlich langen Arbeitszeit werden Wochensöhne von 10 M., 7,50 M., ja nicht selten nur 5 M. und 3 M. bezahlt. Die Schlaf- und Wohnräume sind ungesund im Keller gelegen; sie sind fast immer dunkel, naß und schimmelig. So ungesund wie die Räume sind oft auch die Wäsche, insbesondere die Bettwäsche, die von den Reisenden geliefert wird. Auf vielen Stellen wird die Bettwäsche sogar monatlang nicht gewechselt und in diesen von Schmutz starrenden Lagerstätten müssen die Schlächtereibetriebe ihre paar Kubefußenden verbringen. Trotz dieser geradezu skandalösen Zustände entbehren die im Schlächtereibetriebe beschäftigten Arbeiter jedweden gesetzlichen Arbeiterschutzes, und die allgemeinen Bestimmungen, die für das Schlächtergewerbe auch in Betracht kommen, wie die Sonntagruhe, werden in den meisten Fällen, wie festgestellt wurde, gar nicht beachtet. In eingehender Weise und mit dem Hinweis auf das Vorgehen und die durch den festen Zusammenhalt erzielten Resultate anderer Arbeiter schildeerte der Redner sodann die Notwendigkeit und die Bedeutung der Organisation. Die Ausführungen des Referenten, der im weiteren das Verhalten der Centralpartei, der Protektorin bzw. Grönderin des Vereins „Arbeiterschutzes“, zur Arbeiterschutzes-Gesellschaft sehr treffend kennzeichnete, wurden von den Versammelten mit stürmischem Beifall begleitet. In der hierauf folgenden Diskussion wurde von mehreren Rednern die lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, schlechte Wohn- und Arbeitsräume kritisiert und die Mängel im Stellenvermittlungswesen geschildert. Außerdem wurde von verschiedenen Rednern das Vorgehen des Vereins „Arbeiterschutzes“ einer sehr herben Kritik unterzogen und zum Anschluß an den Verband der Schlächtergehilfen, der wirklich beabsichtigt ist, die Lage der Schlächtereibetriebe zu verbessern, aufgefordert. Nur ein Herr v. B. war bemüht, den Verein „Arbeiterschutzes“ zu vertreten, er fand bei den Versammelten aber mit seinen Ausführungen durchaus keinen Anklang und wurde von einigen Rednern recht kräftig abgeföhrt.

Maurer. Eine gemeinsame Mitgliederversammlung aller zum Streikgebiete Berlin und Umgebung gehörigen Verbände: Zahlreichen tagte am 13. Dezember in Kellers Festsaal. Genosse Käthe referierte über „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter in der Gegenwart“, wobei er den Rückstand der Entwicklung an die städtischen Organisationen der Berliner Metallindustriellen ansetzte. Wenn auch die Accumulation des Kapitals heute im Handgewerbe einen Vergleich mit der Metallindustrie nicht zulasse, so seien doch

Momente, wie die gute Organisation und die Taktik zur Bekämpfung der Arbeiterinteressen unserer Unternehmer vorhanden, die uns zu einer ständigen und intensiven Arbeit in unserer Organisation antreiben. Die Organisation muß so fest angegliedert und die Mitglieder so fest von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt sein, daß wir auch bei abwärtsgehender Geschäftskonjunktur unsere Stärke behalten und die voranschreitenden Angriffe des Arbeitgeberverbands mit Erfolg zurückschlagen können. — Zum Punkt „Berichterstattung über die am 26. November stattgefundene Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg“ referierte Herr v. B. Die Versammlung erklärte sich durch eine Resolution in den Beschlüssen derselben einverstanden; das Protokoll soll obligatorisch bei den Mitgliedern der Zahlstelle Berlin eingeführt werden. Sodann wurde in Bezug auf Sammelwesen zum Streikfonds folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung beschließt:

In Anbetracht dessen, daß durch den frühen Eintritt der kalten Jahreszeit die Allgemeinheit der Maurerarbeiterselos geworden, die Arbeitslosmeldungen der Kollegen jedoch eine allzu große und daher unvollkommene sein würde, so haben die Sammlungen zum Streikfonds schon am Sonnabend, den 9. Dezember, ihr Ende erreicht. Wie absehbar, so sollen auch die diesjährigen Sammelkarten, welche den Beschlüssen unserer Versammlungen zufolge in Ordnung sind, von Montag, den 18. Dezember ab einen Schlusstempel erhalten. Der Ordnung und Billigkeit wegen sind die Karten von den einzelnen Vierteln und Zahlstellen bezirksweise an die Verbandsleitung abzuliefern und nach einer vereinbarten Frist wieder abzuholen, falls der Frost anhalten und die Arbeit auf den Baustellen keinen Fortgang finden sollte. Nach Wiederbeginn der Arbeit haben die Bau-Deputierten für die Instandsetzung der Arbeit Sorge zu tragen. Des weiteren wird die Verbandsleitung beauftragt, das nötige Sammelmaterial (Wäcker und Karten) für das Jahr 1900 anzufertigen zu lassen. Die neuen Sammelkarten werden vom 1. Januar ab verausgabt und beschließt eine spätere Versammlung den Beginn des weiteren Sammelns.

Ein Antrag, in der diesjährigen Abrechnung die einzelne Aufzählung der Sammelisten und deren Beträge wegzulassen zu lassen, gelangte nach kurzer Diskussion zur Annahme.

Die hiesigen beiden Sektionen des am 1. August 1899 zu Hamburg gegründeten Central-Verbandes der Elektromonteur und Berufsgehilfen Deutschlands hatten für Sonntag, 17. d. M., eine öffentliche Versammlung in „Knechtels Festsaal“, Alte Jakobstraße 75, anberaumt, zwecks Wahl eines Delegierten und Ersatzdelegierten für die Gewerkschaftskommission. Willig setzte den Anwesenden die Ziele und Zwecke des Kartells auseinander und legte klar, daß für eine Gewerkschaft auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zunächst ein Kartell unumgänglich notwendig sei, da die Gewerkschaft nur dann erst im Stande sei, für die Interessen ihrer Mitglieder in Lohnbewegungen voll und ganz einzutreten zu können. Bei der darauffolgenden Wahl wurde Abraham von Sektion Berlin I als Delegierter und Gerhard von Sektion Berlin II als Ersatzdelegierter gewählt.

Konsum-Gewerkschaft Nocht. Dienstag, den 19. Degr., abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Gumbach, Waldenstraße 23/24. Aufnahme neuer Mitglieder. Gütliche Willkommen.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Dienstag, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Unter den Linden 16, Quergebäude III. Soziale Gruppe: Vortrag von Fr. Anna v. Bium (Spandau) „über Eltern-Abend“. Diskussion. Gütliche Willkommen.

Vermishtes.

Ueber ein furchtbares Brandunglück wird aus Zwickau berichtet: In der Nacht zum Montag ist in Lauter ein Haus abgebrannt; fünf Personen kamen dabei ums Leben.

Aus den Trümmern der Glasfabrik zu Köstlich, die infolge der auf ihr lastenden Schneemassen eingestürzt ist, sind bisher fünf Tote, zwölf Schwerverwundete und zwanzig Leichtverwundete hervorgeholt worden.

Eisenbahnunfall in Frankreich. Gestern nacht stieß auf der Eisenbahnlinie Vordaux-Orleans, zwischen den Stationen Montmoreau und Charente, ein Schnellzug mit dem von Vordaux kommenden Expresszuge zusammen. Eine Person wurde getötet, zweiundzwanzig sind verletzt.

In der Station Rajahit, Strecke Wien-Graz, ist in der Nacht zum Sonntag der Wiener Schnellzug an einem Stützger angefahren. Von den Reisenden ist niemand verletzt, dagegen erlitten sechs Eisenbahnbediente Verletzungen.

Ein Diebstahl an Artilleriematerial wurde in Wien entdeckt. Es wurden aus einem plombierten Wagon die für die Festung Krakau bestimmten sogenannten „Nichtbogen“ entwendet. Es sind dies Instrumente, mit deren Hilfe die Kanonenrohre in die Stellung gebracht werden, die man zum richtigen Zielen braucht. Die Plomben der Waggons waren beschädigt.

Ein deutscher Staatsangehöriger Namens Edert soll, einem von der „Allg. Ztg.“ veröffentlichten Privatbrief aus Bangkok zufolge, dort widerrechtlich verhaftet und zwei Tage und zwei Nächte in nackten Kleidern in menschenunwürdigem Gewahrsam gehalten worden sein, so daß er sich eine Fiebererkrankung zuzog. Der deutsche Minister-Resident v. Salbern habe energische Vorstellungen bei der kantonischen Regierung erhoben. Der arme Deutsche, der bis nach Bangkok geht, um sich so von der Polizei behandeln zu lassen!

Marktpreise von Berlin am 16. Dezember 1899

nach Ermittlungen des lat. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis
*) Weizen D.-M.	14,00	14,-	Schwefelsäure 1 kg	1,60	1,10
*) Roggen	14,70	15,80	Rohzucker	1,80	1,-
*) Futter-Weizen	14,-	13,-	Hammelfleisch	1,20	1,-
*) Hafer gut	15,20	14,40	Butter	2,50	2,-
*) mittel	14,30	13,60	Eier	60 Stück	6,- 3,-
*) gering	13,50	12,90	Hornvieh 1 kg	2,20	1,20
*) Haferstroh	4,50	4,32	Wolle	2,50	1,40
*) Heu	7,30	4,80	Wander	2,60	1,-
*) Heu	10,-	25,-	Weste	2,-	1,-
*) Speisebohnen	45,-	25,-	Wandze	1,00	0,80
*) Bohnen	50,-	30,-	Wandze	2,80	1,40
*) Kartoffeln, neue	7,-	5,-	Weste	1,20	0,80
*) Rindfleisch, Rente 1 kg	1,00	1,20	Ärche	per Schock	12,- 3,-
do. Bauch	1,20	1,-			

*) Gemittelt von Lons von der Centralstelle der Preuss. Landwirtsch. Schenkungsanstalt — Holleringshöhe — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 18. Dezember. Heute machte sich im Getreidemerkte bereits im hohen Grade Feiertagsstille bemerkbar und die Unternehmungslust schwand ganz und gar. Die Tendenz für Brotgetreide zeigte heute wenig Festigkeit. Weizen und Roggen waren zeitweilig 0,25 bis 0,50 M. billiger als vorgehen offener, fanden jedoch kaum Aufnahme. Vorübergehend wirkten das Dampfer, schwächeres Rindfleisch sowie allgemeine Saatgutanderrichte und Ausland. Bon außerhalb lagen einige Verkaufsordres vor. Die hiesigen Mühlen lud vor der Hand verlorst. Hafer war bei schwacher Tendenz im Preise nominal unverändert. Weizen lester, da Abgeber knapp sind.

Der Spiritusmarkt erst war für Socoware relativ befehter; im Preise notierte 70 er unverändert 47,00. Termine wurden nicht gehandelt.

Witterungsbericht vom 18. Dezember 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperat. in C.	Einionen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperat. in C.		
Strombe	767	OSO	4	bedekt	1	Saparanda	782	Stil	bedekt	— 1	
Danzburg	765	SO	1	bedekt	0	Bereisdorf	—	—	—	—	
Berlin	766	SO	1	bedekt	0	Gort	765	S	3	bedekt	7
Miesbaden	765	SO	2	bedekt	-7	Ardeben	767	SO	2	bedekt	4
München	764	O	2	wolkent	-9	Varz	763	NO	1	Dauf	-7
Wien	767	Stil	—	bedekt	-4						

Weiter-Prognose für Dienstag, den 19. Dezember 1899. Groves Mitter, zeitweise heiter, vorwiegend neblig, bei schwachen südlichen Winden; keine erhebliche Niederschläge.